

Correspondent.

Bezugspreis vierteljähr. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Bei Bestellung von mehreren Exemplaren: bei Bestellung ins Haus durch unsere Kurierboten in der Stadt und auf dem Lande außerdem Porto: durch die Post 1,20 Mk. außer 42 Pf. Postgebühr. — Bei Nicht-erhalten nachträglich 5 mal nur an den Verlagstag nachmittags. — Rücksende unserer Exemplare können wir nur mit deutlicher Quittungnahme gefahrlos. — Für Rücksende unentgeltlicher Entsendungen übernehmen wir keine Verbindlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8seitig. illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marknotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile oder deren Raum für Werbung und andere Anzeigen 10 Pf. Fortwährend 25 Pf. auswärts pro Seite 20 Pf. im Restamort 40 Pf. Bei fortwährender Cap einsehender Anzeigen, welche für Gebrauchsgegenstände, für Buchverlegungen und Offertinaabnahme, bei vorheriger Bestellung, nach Absprache mit Verlagsleitung, Ermäßigungen. — Für Anzeigen für größere Geschäftsanzeigen nur auf Tage vorher, letztere Anzeigen bis höchstens 8 Tage, Familienanzeigen bis 10 Tage vorab.

Nr. 292.

Donnerabend den 13. Dezember 1913.

40. Jahrg.

Die Haltung des Zentrums.

Für die Beurteilung der gegenwärtigen politischen Lage im Reichstage ist es nicht ohne Bedeutung, wie sich das Zentrum verhält. Diese Partei mit ihren mehr als hundert Anhängern, wenn man die verschiedenen Hilfsgruppen hinzurechnet, kann aus der parlamentarischen Konstellation nur dann ausgeschaltet werden, wenn die Linke absolut geschlossen vorgeht. Wenn das nicht geschieht, wird das Zentrum immer ausschlaggebend sein für Zustimmung oder Ablehnung.

Es war nun bereits charakteristisch, daß in der Gaberner Angelegenheit das Zentrum einen seiner süddeutschen Redner vorzählte, der nach links hin gravitierte. Und Herr Fehrenbach fand alsdann Worte, die im ganzen Reichstage, mit Ausnahme der äußersten Rechten, und auch draußen im Reich lebhaften Widerhall fanden und gewissermaßen als der Ausbruch des Volksempfindens aufgefaßt werden konnten. Es schien dann, als ob das Zentrum seine scharfe Haltung gegenüber der Regierung und damit auch in diesem Falle gegenüber den Konservativen etwas zurückzukaufen wollte. Aus einigen Presseäußerungen konnte herausgefunden werden, als ob das Zentrum von den Donaueschinger Zugeständnissen recht befriedigt sei und den lebhaften Wunsch hege, die übrige Geschichte möglichst bald beiseite zu lassen. Der Ansicht nach rechts wollte bereits in einiger

gerden Wunsch, wenigstens mit in der Linie derjenigen zu stehen, die die ausschlaggebenden Entscheidungen im Reichstage treffen. Man empfindet im Zentrum ganz richtig, daß es eine Minderung des Ansehens und des Einflusses draußen im Lande bedeutet, wenn man mit leeren Händen vor die Wähler tritt, wenn man sagen muß: wir wollten das Beste, aber wir sind geschlagen! Der politische Instinkt, der im Zentrum immer sehr lebendig war, weist die Herren dahin, nach Möglichkeit nicht bei der Minderheit, sondern bei der Mehrheit zu sein. Da die Mehrheit nun aber links gerichtet ist, so entbedt das Zentrum mit unerkennbarer Verne ebenfalls seine Rintgsgefühle und zeigt der staunenden Welt, daß es trotz aller Wahlschancen und mehr oder minder ungenügenden Unterstützungen der Konservativen doch keineswegs mit der konservativen Partei verheiratet zu sein braucht. Es ist eine Erhaltung eingetreten zwischen dem Zentrum und der konservativen Partei; die Herren um Spahn und Erzberger haben ihr demokratisches Herz entdeckt. Für den Liberalismus kann diese Entwicklung nur eine gute Lehre sein nach der Richtung hin, daß jeder Machtzuwachs, der ihm zuteil wird, weitere Kreise zieht und seine Ansichten vergrößert. Wenn die Konservativen, wie bei der Besitzsteuer-Angelegenheit und jetzt bei der Gaberner Affäre, auch in Zukunft in glänzender Färbung bleiben würden, so wäre dies eine neue Bestätigung der Richtigkeit der Wahlaktif. 1912-1913 von der fortschrittlichen Volkspartei getrieben worden ist.

Die Uneinigkeit in der deutschen Frauenstimmrechtsbewegung.

Aus den Kreisen der fortschrittlichen Frauenbewegung erhalten wir mit dem Ersuchen um Abdruck folgende Zeitschrift:

Nach der letzten Generalversammlung des deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht ist in den Zeitungen eine recht unerfreuliche Polemik ausgebrochen, die teils den Ton persönlicher Schicklichkeit trug, den man im Interesse des Ansehens der Sache, des Frauenstimmrechts, nur aufs tiefste beklagen kann. Die Stimmrechtsbewegung ist heute in Deutschland die noch am meisten untrüben Seite unserer Frauenbewegung; um so notwendiger wäre es, daß die Vertreterinnen dieser Forderung geschlossen zusammenhielten. Noch daß die bürgerliche Frauenstimmrechtsagitation nicht viel mehr als 10 000 Anhänger zusammengefaßt hat, und doch erleben wir in diesen Wochen schon die dritte Sezession. Als 1907 die Forderung des allgemeinen Wahlrechts in die Sitzungen aufgenommen wurde, sah eine Anzahl Frauen darin eine Verletzung der satzungsgemäß festzuhaltenden politischen Neutralität, löste ihre Mitgliedschaft zum deutschen Verbande für Frauenstimmrecht und schloß sich später zur Deutschen Vereinigung zusammen. 1912 trennten sich dann abermals einige Frauen vom Verbande ab, weil sie befürchteten, durch die Annahme eines Abänderungsvorschlags zum Wahlrechtsparagrafen, den Fräulein Dr. Augspurg eingebracht hatte, könne später die Forderung des allgemeinen Wahlrechts gefährdet sein. Ein Teil dieser Frauen schloß sich zum Reichsberein zusammen, ein Teil blieb anscheinend außerhalb jeder Organisation. Nachdem sich nun die Eisenacher Generalversammlung mit großer Majorität für die Beibehaltung des allgemeinen Wahlrechts ausgesprochen hatte, sind der Hamburger und der bayerische Landesverein ausgetreten, weil ihrer Ansicht nach später einmal diese Forderung gefährdet sein könnte, und zwar sehen sie diese Gefährdung in der Zusammenfassung des jetzigen Vorstandes, an dessen Wahl sich aber gerade die Vertreter jener Landesvereine nicht beteiligt haben.

Die „Neue Hamburger Zeitung“ hat wohl recht, wenn sie zu dieser Sezession bemerkt: „Die Abspaltung geschieht also merkwürdigerweise auf Kosten der Mehrheit. Wenn nicht noch un-

ausgesprochene persönliche Motive, vielleicht des gekränkten Ehrgeizes, mitreden, ist dieses Vorgehen unverständlich; denn es ist gleichbedeutend mit einer direkten Schwächung der Fraueninteressen, die nur verwirklicht werden können, wenn alle Kräfte möglichst zusammengefaßt das selbe Ziel erstreben.“ In Hamburg ist inzwischen ein neuer tätiger Landesverein unter der Führung der Frau Weidemann entstanden, der um die Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts einen Teil der Mitglieder des ausgeschiedenen Vereines und manche neue Mitglieder sammelt. Die Nürnberger Ortsgruppe des bayerischen Landesvereins hat auf der Mitgliederversammlung des letzteren ihren Austritt beschlossen und wird dem deutschen Verband erhalten bleiben. Da die übrigen bayerischen Vereine, mit Ausnahme von München, nur verhältnismäßig klein sind, so sehen Fräulein Dr. Augspurg und Fr. Gehmann heute mit einem kleinen Häuflein Getreuer da, die sich durch ihre Lösung vom deutschen Verbande auch gleichzeitig aus dem Zusammenhang mit der internationalen Stimmrechtsbewegung gebracht haben.

So tragisch es ist, daß die Gründerinnen der deutschen Stimmrechtsbewegung jetzt aus dem Kreise der Führerinnen ausgeschieden sind, so entspricht dies andererseits durchaus der jetzigen Gestaltung der Stimmrechtsbewegung, die aus der Zeit des schroffen, rüchichtslosen Forderens, des Niederbreitens aller Vorurteile, wogu man solcher Kampfesnaturen wie Fräulein Augspurg und Gehmann bedurfte, hinausgewachsen ist in eine Zeit aufbauender Arbeit, zu der nicht mehr ein kleines Häuflein getreuer Anhängerinnen, sondern die große Masse der politisch denkenden Frauen gehören muß, und zwar Frauen aller Berufs, aller Bildungsgrade; und nicht nur Frauen, sondern auch die Männer, und hier wieder besonders die politisch arbeitenden Männer, denen die beiden obengenannten Frauen so wenig gerecht geworden sind. Aus Pietätsgründen kann man die Forderung der früheren Führerinnen beklagen, aus entwicklungs-geschichtlichen Gründen wird man sie wohl nur im Interesse der Stimmrechtsbewegung begründen.

Ueber „feministische Vorheiten“

muß sich die sozialistische „Leipziger Volkszeitung“ schwer ärgern. Anlaß dazu gibt ihr der Umstand, daß Fr. Dr. Anita Augspurg, obwohl sie der Abfallsten eine ist, bei den Krankenkassenwahlen zu München darum für die christlich-sozialen Listen eingetreten ist, weil diese Liste die meisten Frauennamen enthält. Das Leipziger Sozialistenblatt bezeichnet bei dieser Gelegenheit Fr. Dr. Augspurg als eine der ersten Vertreterinnen des reinen Feminismus in Deutschland, als eine „richtige Feministin“ und definiert den Begriff Feministin folgendermaßen: „Eine Frauenrechtlerin, der es in ihrem Kopf nur darauf ankommt, die Frauen in jeder Beziehung dem Manne gleichgestellt zu sehen, einerlei, ob ihnen diese mechanische Gleichstellung Vorteil oder Nachteil bringt.“ Warum das Sozialistenorgan so ungenau über die Feministinnen ist, das spricht es zum Schluß mit aller wünschenswerten Klarheit aus. Es heißt darin:

„Die feministischen Ideen sind eine große Gefahr für die deutsche Frauenbewegung und für alle, die, wenn auch selbst nicht organisiert, sich durch die schönen und großen Phrasen von der Gemeinsamkeit der Fraueninteressen betören lassen. Deshalb muß die Arbeiterklasse immer wieder für Aufklärung unter den Frauen sorgen. Es gibt keine Interessengemeinschaft aller Frauen. Der Interessentstandpunkt der bürgerlichen Frauen tritt gerade jetzt in den Kämpfen der Hausfrauen gegen die Dienstbotenversicherung unverschiebt zutage, und der Kampf zwischen den ausbeutenden und den arbeitenden Frauen wird sich zweifellos im Laufe der Zeit weiter zuspitzen. Es ist daher dringend notwendig, die Illusionen, die durch die

Nicht als Frauenrechtlerinnen in den Köpfen der arbeitenden Frauen erweckt werden können, von vornherein zu zerfallen und in ihnen den Gedanken zu befestigen, daß sie nur im gemeinsamen Kampfe mit ihren männlichen Klassenangehörigen ihre Forderungen durchsetzen können."

Zaberner Nachflüge.

Das „Wolffsche Telegraphen-Bureau“ verbreitet aus Straßburg, 10. Dezember, folgende Meldung: Die in der heutigen Sitzung des Reichstags vom Abg. Graf Weizsäcker kritisierte Auslassung der „Straßburger Korrespondenz“ lautet auf der entsprechenden Stelle: Der Statthalter hat ferner durch Kaiserliche Willenserklärung seine Befähigung dafür erhalten, daß die verfassungsmäßigen Zuständigkeiten künftig allgemein (nicht strengere) Beachtung finden werden.

Im Sonnabend, den 6. Dezember, hat das „Wolffsche Telegraphen-Bureau“ die Erklärung der amtlichen „Straßburger Korrespondenz“ verbreitet, in der ausdrücklich gesagt wird, daß die verfassungsmäßigen Zustände künftig allgemein strengere Beachtung finden würden. Diese sehr wichtige amtliche Erklärung ist von allen Blättern abgedruckt worden und hat in einzelnen konservativen Zeitungen den Eindruck hervorgerufen, als ob keine Berichtigung erfolgt. Erst jetzt, nachdem Graf Weizsäcker diese Auslassung im Reichstag kritisiert hat, erfolgt die Berichtigung. Sonderbar, höchst sonderbar! Hält man alle die Unbegreiflichkeiten und „Mißverständnisse“ in der Zaberner Angelegenheit zusammen, so muß man von einem unverantwortlichen Verlagen des verantwortlichen Kanzlers gegenüber der Öffentlichkeit sprechen.

Der Reichstag und das Mißtrauensotium.
Der Reichstag hat sich in seiner Rede am Mittwoch abermals recht von oben herab über das Mißtrauensotium des Reichstags ausgesprochen. Ihm erwidert das führende Zentrumsorgan, die „Germania“, „Sommer“ ist die Mehrheit des Reichstags, die das Mißtrauensotium notierte, allerdings nicht. Aber man kann von den 293 Stimmen, die für das Mißtrauensotium abgegeben wurden, ruhig die 110 sozialdemokratischen Stimmen abziehen, so bleiben immer noch 183 bürgerliche Stimmen übrig, die doch gegenüber der schwachen Minderheit von 54 konservativen Stimmen immer noch eine sehr große Mehrheit darstellen. Darüber darf sich der Herr Reichstagspräsident mit einem solchen Geballe der „Wolffsche Telegraphen-Bureau“ erheben, wenn er gefiern wieder getan hat. Herr v. Bethmann-Hollweg darf sich nicht so leichtens über ein Mißtrauensotium des Reichstags hinwegsetzen, sondern er muß wohl bedenken, daß er in seiner Stellung und im Interesse eines gedeihlichen Zusammenwirkens bei Führung der Reichsgeschäfte nicht nur auf das Vertrauen des Kaisers, sondern auch auf das Vertrauen des Reichstags angewiesen ist. Dieses Vertrauen hat er sich durch seine Erklärungen vom 3. und 4. Dezember zum Falle Zabern bei der überwältigenden Mehrheit des Reichstags nicht erlangen können, und es ist ihm dadurch auch nicht gelungen, durch seine weiteren Reden, namentlich die eine einseitige Erklärung, die er am 10. Dezember im Reichstag abgegeben hat, mit seiner Behauptung, daß er keinen Mißtrauen angetreten habe, kann er wohl die Konjunktur zu verbessern suchen, nicht aber die bürgerliche Mehrheit des Reichstags von dem ausgesprochenen Mißtrauensotium wieder abbringen.

Kaiserliche Anweisung.

Straßburg, 11. Dez. Das „Wolffsche Telegraphen-Bureau“ erzählt, daß Generalcommando den Artikel des „Journal d'Alsace Lorraine“ vom 5. Dezember 1913, in dem der Redakteur Marcus Alard, mit richtigem Namen Eugen Jung aus Schiltigheim, die falsche Anweisung erhoben hat, von einem Offizier vor dem Brogliefeldtino selbstigt und gelügelt worden zu sein, der Staatsanwaltschaft übergeben.

Balkannachrichten.

Serbien und Österreich.
Das serbische Reichsbureau ist von der serbischen Regierung ermächtigt, kategorisch zu dementieren, daß bezüglich der österreichisch-ungarischen Ausweisung nach dem Balkan auf den serbischen Eisenbahnen irgend welche Schwierigkeiten gemacht würden. Ganz im Gegenteil habe die Regierung immer empfohlen, den Verkehr zu erleichtern. Alle Behauptungen über Schwierigkeiten von serbischer Seite entsprächen nicht der Wahrheit. Ebenso sei die Meldung unbegründet, daß in den Handelslisten von Serbien Schwierigkeiten gemacht würden.

Nach den bulgarischen Wahlen.
erklärt das offizielle Blatt „Narodni Prava“, das Kabinett sei entschlossen, mit der neuen Kammer zu regieren. Die Sobranie werde bald zusammenzutreten, und die Regierung hoffe, bei ihr die notwendige Unterstützung zur Fortsetzung ihrer Tätigkeit zu finden. Sie werde nicht zögern, wenn es nötig sei, bei einer Gruppe der Opposition aktive Mitarbeit zu suchen. Die Zusammenfassung der neuen Sobranie gestatte kaum die Bildung eines anderen Kabinetts, das aus ihrem Schoße hervorgegangen sei. Was die Bildung eines außerparlamentarischen Kabinetts betreffe, so komme das einer Auflösung der Sobranie gleich, die nicht zugelassen werden dürfe. In verschiedenen politischen Kreisen werde versichert, daß gewisse oppositionelle Gruppen der Sobranie die Regierung unterstützen würden. Die Führer der drei Regierungsparteien, Radoslawoff, Gwendan und Konschew sind am Mittwoch von 8 bis 11 Uhr in Audienz empfangen worden, um über die durch das Wahlergebnis gestaffelte Lage zu beraten. Nach Mitteilungen von zuständiger Stelle sind keine Beschlüsse gefaßt worden. Die Regierung werde vorläufig abwarten und versuchen, mit den Bauernbindeln ein Kompromiß zu schließen.

Wie es bei Wiedergang der italienischen Grenze zugeht. Nach einer Mitteilung der „Agenzia Stefani“ aus Agrigroffo ist die internationale Abgrenzungskommission am 7. d. Mts. dort eingetroffen. Die griechischen Behörden hatten, um auf die Kommission Eindruck auszuüben, Kundgebungen in der Wege geleitet. Während die Kommission die Dörfer passierte, hielten bewaffnete Männer und Frauen die Automobile an und verlangten, daß Eptus nicht zu

Albanien gelangen werde. Als eine Frau die Finte gegen ein Automobil gab, der einzige Delegierte einen Schuß ab, der jedoch sein Ziel verfehlte. Bei ihrer Ankunft in Agrigroffo wurde die Kommission von einem „Heiligen Bataillon“ sowie der Bevölkerung der benachbarten Dörfer und den Mitgliedern des epirischen Komitees empfangen, die sämtlich Waffen trugen und eine Kundgebung zugunsten der Angliederung an Griechenland veranstalteten. Die internationale Kommission zur Festlegung der süditalienischen Grenze wird sich an Bord des italienischen Dampfers „Arctico“ nach Brindisi einschiffen. Die Kommission beabsichtigt, ihre Arbeiten in Florenz, dem Sitz des militär-geographischen Instituts Italiens, fortzusetzen.

Die amerikanischen Reformen.

Es befaßt sich, daß zur Förderung der Verbesserung der Verwaltungsvorgänge in Anatolien, besonders in Ostanatolien, die Worte europäischer Beiräte heranzuziehen wünscht und wegen der Gewinnung geeigneter Persönlichkeiten für diese Mitarbeit auf die Unterstützung der Großmächte rechnet. Die Beiräte selbst sollen indes nicht Angehörige einer Großmacht sein, sondern aus kleineren europäischen Staaten, beispielsweise Schweden oder der Schweiz, genommen werden.

Das Kabinett Doumergue

stellte sich am Donnerstag dem Parlament vor, nachdem seine Programm-erklärung am Mittwoch in einem Kabinettsbericht formuliert worden war.

In der Erklärung des Kabinetts wird deutlich versichert, daß es der Wille des Kabinetts sei, sich ausschließlich auf eine Majorität der Linken zu stützen. Das Ministerium sei entschlossen, die Laizität zu verteidigen und die Geleise der Republik zur Anerkennung zu bringen. Die Erklärung spricht nicht von der Möglichkeit der Erneuerung der Sturz Versuchen unterbrochen hat, sondern weist darauf hin, daß die Regierung bei der nächsten großen Finanzdebatte erkennen lassen werde, wie sie der Situation abzufinden gedenke. Die Erklärung erwähnt die demokratischen Steuern, welche das Land erwarde, und diejenigen, welche den erworbenen Reichtum treffen sollen. Weiter fordert die Regierung, die Einkommensteuer mit der Annahme des Budgets zu beenden. Das Kabinett wird vor dem Senat den von der Kammer angenommenen Gesetzentwurf über die Einkommensteuer unterstützen, der alle Einkommen treffen soll. Das Kabinett werde sich bemühen, heißt es weiter, eine Übereinstimmung zwischen Kammer und Senat über die Reform herbeizuführen, aber es mühe darauf hinzuwirken, daß in der Kürze der Zeit vor den Wahlen die Frage über die Wähler gebracht werden müsse. Hinsichtlich des Dreijahresgesetzes sagt die Erklärung, das Gesetz sei angenommen worden, und die Regierung sei daher verpflichtet, es zur Ausführung zu bringen. Sie habe, wie sie sich dieser Verpflichtung, die sie durch den gemeinsamen Willen des Senats und der Kammer erfüllt worden sei, entgegen setzen, und werde daher das Dreijahresgesetz in lokaler Weise zur Anwendung bringen, umsonst, als die Umstände, unter denen das Gesetz angenommen worden sei, noch immer vorhanden seien. Was die äußere Politik anbetrifft, wird in der Erklärung von dem Verhältnis zu England und der Herlichkeit der Beziehungen Frankreichs zu den anderen Mächten bezeugt, und daß Frankreich den Wunsch habe, um allgemeinen Frieden betätigen, ohne indessen zu zaudern, daß man seine Waffen erhalte.

Im Senat verlas Justizminister Vivienne Martin die Kabinetts-erklärung, die von der Linken, besonders von Clemenceau, mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Die Sitzung wurde nach Beendigung der Erklärung geschlossen.

Politische Übersicht.

Österreich-Ungarn. Das österreichische Abgeordnetenhaus beendete am Mittwoch in einer einstündigen Sitzung die zweite Lesung der Verordnungs- und Gesetzes-Abteilung. Fast sämtliche Bestimmungen der Novelle wurden in der mit der Regierung vereinbarten Fassung des Ausschusses angenommen, ausgenommen die Bestimmungen des Finanzministeriums, hinsichtlich dessen der Minoritätsantrag der Sozialdemokraten, dieses Minimum am 1. Juni mit 1200 Kronen festzusetzen, eine einstimmige Zustimmung mit 196 gegen 195 Stimmen angenommen wurde. Die Sitzung verlief in voller Ruhe. — Die österreichische Delegation begann am Mittwoch mit der Debatte über das Budget des Ministeriums des Auswärtigen. Die Debatte brachte nicht viel Neues. Der deutsch-nationale Delegierte Dr. v. Wölflinger führte u. a. aus: Es sei auffallend, wenn man das wirklich freundschaftliche, in Betracht ziehe, daß Österreich-Ungarns Diplomatie über die Meinung des Deutschen Reiches bezüglich der Revision des Bularschen Friedens nicht unterrichtet war. Aus der Rede des Reichstagsredners geht hervor, daß Deutschland Österreich-Ungarn über seine Absichten nicht im klaren gelassen habe. Das Verbleiben Italiens im Dreibund sei die Voraussetzung für die Erhaltung des Gleichgewichts und daher auch des Friedens. Angesichts der Eröffnung der Balkanstaaten seien keine kriegerischen Ereignisse am Balkan zu befürchten. Wenn von einer Kriegswahrscheinlichkeit die Rede käme, so lege sie in dem Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland. Die Stimmung in Frankreich sei derzeit eine gewisse dawningtliche. Die Ereignisse in Zabern seien vielleicht von dritter Seite geleitet worden. (Hr. Dr. Ramarz dahingehend: Gaben die Franzosen nicht den Fortschritt gebracht?) Der Delegierte Wölflinger sprach sich schließlich für eine wirtschaftliche Erörterung der Monarchie aus. (Beifall.) — In der ungarischen Delegation wurde am Dienstag viel über auswärtige Politik geredet, wobei es sich meist um ein Mißverständnis über die überübende Balkanpolitik handelte. Am Mittwoch wurde der Ministerpräsident an demgemäß dem Reichspräsidenten Graf Tisza mandte sich im Verlauf der Debatte gegen die Vorlage eines Notengesetzes und erklärte, die Regierung werde wahrscheinlich den nächsten Delegationen ein neues Schiffsbauprogramm vorlegen, da nach Fertigstellung der ersten Dreadnought-Division die Frage des Baues einer zweiten Division aktuell werden würde. Der Minister

präsident betonte, daß durch die militärischen Ausgaben keine Mittel für soziale Aufgaben vernachlässigt werden, das Material werde bei jeder Umstellung sowohl hinsichtlich des Bildungsgrades wie physisch besser.

Schweiz. Die Vereinigte Bundesversammlung in Bern hat den bisherigen Vizepräsidenten des Bundesrats Dr. jur. v. Müller-Hofmann zum neuen Vizepräsidenten der Regierungsräte angeordnet, zum Bundespräsidenten der Schweiz für das Jahr 1914 gewählt. Zum Vizepräsidenten des Bundesrats wurde Dr. jur. Giuseppe Motta (Zürich) gewählt, der einzige Vertreter der katholisch-konservativen Opposition im Bundesrat.

Belgien. Der König von Belgien, bisher Chef des 2. Jambou-Regiments Nr. 16, ist von dem deutschen Kaiser unter dem 5. November 1913 zum General der Kavallerie in der preussischen Armee ernannt worden.

Frankreich. Der jüngst gematrigte General Faurie hat gegen die Entlassung des Disziplinarrates, wonach er mit seinem Stab in den Ruhestand versetzt werden, beim Staatsrat Einspruch erhoben mit der Begründung, daß ein Amtsmißbrauch vorliege und der Disziplinarrat nicht ordnungsgemäß zusammengeleitet gewesen sei. — Der Heeresausfluß der Kammer hat die vom Budgetausschuß vorgeschlagene Soldeerhöhung für die Offiziere vom Major abwärts nicht unbedeutend vermehrt. Die dadurch neuresultierenden Ausgaben werden ungefähr 30 Millionen betragen.

Rußland. Der Ausschuh der Reichsumma für die Reform des Polizeiwesens hat einstimmig den ersten Antrag des Berichterstatters angenommen, durch welchen das Gendarmecorps von der Unterbindung politischer Delikte entbunden wird und die Unterbindung dieser allein mit der Verantwortung bei politischen Delikten übertragen werden. Da sich der Reichsminister des Innern, Wladimir Wladimirovich, gegen den Antrag, einen Entwurf zur Vermehrung der Unterrichtsstunden in der russischen Sprache für die Mittelschulen des Reichs auszuarbeiten, mit der Erklärung, er sei außerstand, trotz der Aufforderung des Feststellungsmandanten gewogen zu werden, Wladimirovich verlassen, wurden sie verhaftet und von der Polizei aus dem Bereich der Festung hinausgeschafft. — Russisch in finnlandischen Schulen. Das Schulkomitee wird beauftragt, der Oberstaatsanwalt zu beauftragen, dem Senat gegebenen Auftrag, einen Entwurf zur Vermehrung der Unterrichtsstunden in der russischen Sprache für die Mittelschulen des Reichs auszuarbeiten, mit der Erklärung, er sei außerstand, trotz der Aufforderung des Feststellungsmandanten gewogen zu werden, Wladimirovich verlassen, wurden sie verhaftet und von der Polizei aus dem Bereich der Festung hinausgeschafft. — Russisch in finnlandischen Schulen. Das Schulkomitee wird beauftragt, der Oberstaatsanwalt zu beauftragen, dem Senat gegebenen Auftrag, einen Entwurf zur Vermehrung der Unterrichtsstunden in der russischen Sprache für die Mittelschulen des Reichs auszuarbeiten, mit der Erklärung, er sei außerstand, trotz der Aufforderung des Feststellungsmandanten gewogen zu werden, Wladimirovich verlassen, wurden sie verhaftet und von der Polizei aus dem Bereich der Festung hinausgeschafft.

Mexiko. Ein französischer Gesandter in Mexiko, nach einer im Kriegsministerium auf funktionslosem Wege eingegangenen Meldung hat Oberst Lopez am 8. Dezember die Seite von Galata, den Hauptort der Genall, nach lebhaftem Kampfe besetzt. Die Besatzung erlitten beträchtliche Verluste. Der französische Gesandte hat einen Leutnant gefangen. Durch die Einnahme von Galata ist die Verbindung der französischen Kolonien in West- und Zentralamerika gesichert. — Die Regierung der Südafrikanischen Union hat eine Unterbindung der Beziehungen der Nieder in Natal angeordnet.

Mexiko. Nach einer Mitteilung vom 10. Dezember haben am Mittwoch mittag die Rebellen mit dem Angriff auf Tampico begonnen. Nach einer Depesche aus Mexiko mitteilt, daß Mittwoch nachmittag 5 Uhr ein erpitterter Schuss von Tampico abging. Der amerikanische Konsul in Tampico meldet, daß Dienstagabend ein Boot des Marinegenerals Villa bei ihm eingetroffen sei und ihm mitgeteilt habe, daß sich 4000 Infanteristen unter den Generallen Villa und Cailro auf dem Marsche gegen Tampico befinden, und daß ihre Vorhut nur noch 9 Meilen von der Stadt entfernt sei. Villa habe seine Leute angewiesen, so weit als möglich von der Verhinderung von Eigentum abzuhalten und alle Mitbringer zu machen, um das Leben der Ausländer zu schützen. Der General fürchte jedoch, daß die Ausländer in der Verwirrung, die bei dem Sturm auf die Stadt und den darauffolgenden Straßenkämpfen eintreten müßte, in große Gefahr geraten würden. Er ermahnt deshalb, in unermesslicher Entfernung aller Ausländer aus der Stadt. Als der Konsul diese Nachricht telegraphierte, waren noch keine Vorkehrungen getroffen worden, doch hielt sich Admiral Fletcher bereit, jeden Augenblick alle Ausländer an Bord seiner Schiffe zu nehmen und Marinematerialien zu landen. Auch einem bei der Sandvau-Verkaufsstelle eingegangenen Telegramm ist der Generalmajor, Kronprinz von Genua, die Vereinbarung mit dem Kommandanten des Kreuzers „Brenan“ hinsichtlich des von den Insurgenten angegriffenen Stadt Tampico aufgenommen.

Deutschland.

Berlin, 12. Dez. Der Kaiser hörte Donnerstag vormittag im Neuen Palais bei Potsdam die Vorträge des Kriegsministers, Generalleutnants v. Falkenhayn, des Chefs des Generalstabes der Armee, v. Moltke und des Chefs des Militärkabinetts, Freiherrn v. Linder. Gestern Abend fand beim Kaiserpaar im Neuen Palais eine Abendtafel statt, zu der einige Generale und die Mitglieder des kaiserlichen Hauptquartiers geladen waren. Nach der Tafel fanden im Theaterraum Lichtbildvorführungen statt, die Kriegsbilder aus dem Jahre 1870/71 sowie militärische Vorgehens zum Inhalt hatten. — Die Kronprinzessin trotz wie angekündigt, gestern (Donnerstag) Abend um 7 Uhr 15 Minuten auf dem Bahnhof ein und begab sich in Automobil ins Kronprinzenpalais.

— In der Sitzung des Bundesrats vom Donnerstag wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen: Die Revision des Haushalts des Reichs für das Rechnungsjahr 1908, die Änderung der Grundbesitz für die Befreiung der Beamtenstellen mit Militäranwärtern, die Übergangsbestimmungen zur Durchführung der hausgewerblichen Krankenversicherung und die Änderung des Statuts des Kaiserlichen Archäologischen Instituts. Die Wahl von Mitgliedern des Reichsausschusses wurde vollzogen. Zur Annahme gelangten der Entwurf einer Vorrichtung zur Änderung der Schiffsvermessungsordnung, der Entwurf eines Besoldungs- und Pensionsetzes der Reichsanbeamten mit Ausnahme der Mitglieder des Reichsanwaltschaftsrats auf das Jahr 1914, die Vorlage betreffend ein Abkommen mit Belgien über die wegen Anwesenheit von Beamten in Belgien angeordneten Anwesenheitsleistungen eingeführt werden und die Vorlage be-

treffend die Anrechnung pensionsberechtigender Dienstzeit bei den Marinebesatzungen.

Der Landesausführer der preussischen Zentrumspartei trat am Mittwoch in Berlin unter der Leitung des Vorsitzenden, Dr. Forst, zu einer mehrstündigen Sitzung zusammen. Nach Vorlesung der hauseigenen Tagesordnung wurde der Landesausführer neu konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde Dr. Forst wiedergewählt, zu Stellvertretern Economiarat Serold und Schriftführer Karl Trimborn.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dem Reichstag zufolge, den Abgeordneten an Stelle des Reichstags zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Er teilt sich mit dem Abg. Gaule in der Fraktionsführung.

Aber das mecklenburgische Verfassungs-Gesetz veranlaßt die „Meier-Zeitung“ einen ihr aus Mecklenburg zugegangenen Artikel, in dem die Frage erörtert wird, welche Auswirkung die Annahme des liberalen Antrages im Reichstag haben würde, wonach in jedem Bundesstaat eine aus Wahlen der Bevölkerung hervorgehende Volksvertretung bestehen muß. Es wird begrüßt, daß die Wahlvereine der beiden liberalen Parteien sich zusammengefunden haben, um sich mit einer Eingabe an den Reichstag, wie an den Bundesrat zu wenden, durch die um eine Abänderung der Reichsverfassung nach Maßgabe des bekannten Antrages nachdrücklich gebeten wird. Da von den sieben Reichstagsabgeordneten fünf den liberalen Parteien angehören, so wird man sie mit Recht als Vertreter der überwiegenden Mehrheit des mecklenburgischen Volkes ansehen dürfen. Weiterhin wird ausgeführt: „Als einem Vorgehen des Großherzogs den Erfolg zu sichern, ist jedenfalls eine zwingende Bestimmung der Reichsverfassung nötig. Denn, wenn der Großherzog ohne solche aus eigenem Recht vorgeht, also ohne Recht, so tritt ein mecklenburgisches Gesetz von 1818 über die Schlichtung von Verfassungsstreitigkeiten zwischen dem Fürsten und den Ständen, durch eine sogenannte „Kommission“ in Kraft.“ Danach haben beide Parteien je einen deutschen Bundesfürsten zu erwählen, das Schiedsrichteramt zu übernehmen. Das von diesen zu ernennende Gericht wird dann natürlich aus Juristen bestehen, und diese haben nach juristischen Gründen zu entscheiden, ohne Rücksicht darauf, was dem Staate und dem Volke nützt. Es kam dem nach der Großherzog sehr leicht wieder, wie sein Vorjahr 1891, unterliegen. Eine Bestimmung der Reichsverfassung, wie sie jetzt erbeten wird, würde die Kompromisslösung beseitigen. Und besonders deshalb ist ein Eingreifen des Reichs nicht groß erwünscht, sondern notwendig.“

Die württembergische Erziehung in Forderungen hat mehrheitlich für 3 der fortwirkenden Parteien fast genau dieselbe Stimmenzahl gebracht wie im Vorjahr. Daß sich die fortschrittliche Volkspartei trotz des Aufstoms der Gegner so gut gehalten hat, ist ein Zeichen der inneren Festigung der Wählerkraft gegenüber den agitatorischen Kunststücken der anderen Parteien. Sie wird in der Nachwahl den Sieg erringen, wenn das Bürgerium seine Pflicht tut, da sie über die Sozialdemokratie bereits einen Vorsprung von 270 Stimmen hat. Nur die letztere hat einen relativ nicht unbedeutenden Rückgang erlitten. Die „Tagwacht“, das sozialdemokratische Organ, sucht den Glauben zu erneuen, als wolle sie nichts von den wahren Ursachen dieses Rückganges, nämlich von den unglücklichen Stänkeren in eigenen Angelegenheiten, und der Herrschaft der radikalen Abenteurer; dagegen behauptet sie, der Druck der liberalen Unternehmer habe die sozialdemokratischen Arbeiter eingeschüchtern. — Davon war natürlich bei der Wahl keine Rede, aber die Sozialdemokratie kann sich auf Grund eigener Erfahrungen eine erfolgreiche Wahl ohne einen gewissen Terrorismus gar nicht denken!

Personalveränderungen in der Marine. Der Konteradmiral Trumpler, kommandiert zur Dienstleistung bei der Inspektion der Küstenartillerie und des Minenwesens, ist zum Inspektor dieser Inspektion und gleichzeitig zum Kommandant der Besatzung von Uckermark zum Viceadmiral der Konteradmiral Scheer, beauftragt mit der Führung des zweiten Geschwaders, unter Ernennung zum Chef dieses Geschwaders; zum Konteradmiral der Kapitän zur See Wab (Leberecht), beauftragt mit der Übernahme der Geschäfte des dritten Admirals der Küstenartillerie, unter Ernennung zum dritten Admiral der Küstenartillerie. Auf sein Verlangen ist mit der geschiedenen Pension zur Disposition gestellt der Viceadmiral Schack, Inspektor der Küstenartillerie und des Minenwesens, zuletzt Kommandant der Besatzung der Hochseefregatte.

Die Reform der bayerischen Reichstagsfraktion ist vom Herrn v. Serfling in dieser Lage der Abgeordnetenkammer verprochen worden. Er äußerte sich über die Frage einer stärkeren Vertretung der gewerblichen Stände in der bayerischen Kammer der Reichsräte folgendermaßen: „Ich erkläre, daß ich

mich ins Einvernehmen mit den zuständigen Ministern setzen werde und durchaus bereit bin, der Frage näher zu treten (Bravo), inwieweit unter Berücksichtigung der veränderten Verhältnisse und der wirtsch. Bedürfnisse Änderungen in der Kammer der Reichsräte vorzunehmen sind. Aber die dankbare Anerkennung, die die Regierung der Tätigkeit schuldet, durch welche die Reichsratskammer sich um das bayerische Wirtschaftsleben verdient gemacht hat, verbietet es, diese Frage zu lösen, ohne eine Fällungnahme mit der Reichsratskammer selbst. Ich werde zunächst mit der Reichsratskammer in Verbindung stehen, und wenn sich die Verhandlung der Reichsratskammer und des Ministeriums zu bestimmten Vorlesungen verdrückt haben, wird die Regierung in dieser Frage die Initiative ergreifen (Bravo).“

Ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung ist gegen den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wenzel wegen einer im Juni in Schwäb. M. gehaltenen Rede eingeleitet worden. Wie der „Vorwärts“ berichtet, hatte die zukünftige Staatsanwaltschaft in Wiesbaden die Einleitung des Verfahrens auf eine Strafanzeige des Landrats von Schwäb. M. abgelehnt und die Aufage erst auf Verfügung des Oberstaatsanwalts in Frankfurt a. M. erhoben.

Die Zaberner Retrunen vor dem Kriegsgericht.

Am 11. Dezember hat vor dem Militärgericht der 30. Division in Straßburg die Verhandlung gegen die drei Retrunen Gené, Schaible und Bello wegen Vergehens gegen die §§ 92, 93 und 101 des Militär-Strafgesetzbuches begonnen. Die drei Angeklagten, die jetzt in Straßburger Infanterie-Regimenten untergebracht sind, gehörten früher der 5. Kompanie des Zaberner Infanterie-Regiments Nr. 99 an. Der Angeklagte Schaible wurde 1893 in Föhren geboren. Er ist Brigadier des 15. Armeekorps Generaloberst Graf v. Walbersee bei. Der Angeklagte Gené ist 1892 in Zabern als Sohn eines Kaufmanns geboren. Er ist Bureauchiffé und am 15. Oktober 1913 beim Militär eingetreten. Am 4. November hat er den Fahnenentlassen. Seine Führung wurde als gut bezeichnet. Der Angeklagte Bello ist 1893 in Wörsweiler geboren, Werktauglich und ist freiwillig beim Militär eingetreten. Alle drei Angeklagten sind lutherischer Religion und noch unbeschäftigt. Sie wurden am 23. bezw. 24. November festgenommen und befinden sich seitdem in Untersuchungshaft. Zwei sind noch verurteilt, der schon während der Voruntersuchung ein Geständnis abgelegt hatte. Er gesteht, von Retrunner Keller aus Straßburg ein Schriftstück zur Unterchrift empfangen zu haben mit dem Auftrage, auch drei andere Retrunen zur Unterchrift zu veranlassen. Dieses Schriftstück lautet: „Auf Ehre und Gewissen erklären wir Unterzeichneten, es ist richtig, daß am 11. November 1913 Leutnant von Forstner morgens zwischen 8 und 9 Uhr in der Infanteriestunde die Worte gebraucht hat: „Diese Fahnenflüchtigen haben auf seine andere Ehre Anspruch, als in der französischen Fremdenlegation zu dienen. Auf die französische Fahne kann ihr nicht eingehen.“ Er hätte unterzeichnet und in die gleiche mitgenommen und die beiden Militärangestellten dasselbe getan hätten. Unkennlicher Befehl, mit dem er auch über die Sache gesprochen habe, habe nicht unterzeichnet. Gené bestritt, das Verbot des Obersten von Retrunner, etwas von Dienstangelegenheiten zu veröffentlichen zu erfüllen, damals im Gedächtnis gehabt zu haben und erwiderte sich, das weitere davon, daß die Retrunen über den Fahnenentlassen nicht ausführlich aufgeklärt gewesen waren. Auch hätte Keller ausdrücklich versichert, es werde von dem Schriftstück nichts in die Öffentlichkeit kommen.

Der Angeklagte Schaible erklärt, sich bei der Unterchrift nichts gedacht zu haben und behauptet, Leutnant v. Forstner habe die Worte, die das Schriftstück enthält, gebraucht.

Der Angeklagte Bello gibt an, das Schriftstück nur flüchtig gelesen zu haben und nur auf ausdrückliche Versicherung Genés, es werde nichts in die Öffentlichkeit kommen, hätte er unterschrieben, nachdem er sich anfangs gemeldet hätte.

Major Keller berichtet, daß er Zeugnis aus, daß Oberst v. Retrunner die strenge Verschwiegenheit anbefohlen hätte. Die Ausrufung v. Forstners hat sich seiner Meinung nach auf die französische Fahne bezogen. Zeuge Major Keller behauptet dasselbe, doch kann er sich nicht mehr genau entsinnen. Darauf wird Oberst v. Retrunner als Zeuge vernommen. Er bezeugt: Am 13. November hatte ich die Leute der Kompanie antreten lassen und ich habe zu ihnen mit sehr kurzen Worten über die ungläublichen Verleumdungen gesprochen, daß Dinge aus der Kolonne herausgetragen worden. Ich habe es den jungen Retrunen sehr ernst gesagt, damit sie nicht hinterher mit der Entscheidung kommen könnten, daß sie nicht gewußt hätten, um was es sich handele. Man muß doch annehmen, daß junge Weichen, selbst wenn sie die Schulbank verlassen haben, über die Verträge Treue, Recht und Verschwiegenheit genügend unterrichtet sind. Ich habe in Anknüpfung an die Verleumdungen auch auf die Kriegsartikel hin gemeinlich und seinen Zweifel darüber gelassen, daß ein dienstlicher Befehl vorliege. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß etwaige Beschwerden beim Kompagniechef vorzubringen seien.

Der nächste Zeuge Retrunner v. Keller sagt aus, daß er die ersten Retrunen erhalten hätte, deren Namen er verschwiegen. Auch über das Schriftstück gibt er keine Auskunft.

Es folgen die Plaidoyers. Der Vertreter der Anklage erklärt, es handle sich um sehr schwere Verbrechen gegen die militärische Disziplin. Auf der anderen Seite aber lägen auch eine Menge Gesichtspunkte vor für

eine mildere Beurteilung des Falles. Er beantragt darauf für Gené 7 Monate Gefängnis, für Schaible und Bello je 3 Monate Gefängnis. Nach einer Verhandlung des Reichsowakts Oberst erklärt diebattens Richter, er habe den Angeklagten ausdrücklich verprochen, nichts zu veröffentlichen.

Das Urteil. Nach längerer Beratung fällt das Gericht folgendes Urteil: Der Angeklagte Gené wird wegen Ungehorsams in zwei Fällen (§ 92 M.-St.-G.-B.) in Verbindung mit einem Vergehen gegen § 101 M.-St.-G.-B. zu einer Gesamtsstrafe von sechs Wochen Mittelarrest verurteilt, die Angeklagten Schaible und Bello wegen Ungehorsams in zwei Fällen (§ 92 M.-St.-G.-B.) zu je drei Wochen Mittelarrest.

An der Urteilsbegründung wird gesagt, daß der Befehl des Oberst v. Retrunner bindend war und dienstliche Angelegenheiten betraf. Die Anwendung des § 92 M.-St.-G.-B. hat das Gericht verneint, weil die Angeklagten nach Ansicht des Gerichts nicht voraussetzen konnten, daß ein erheblicher Nachteil zu befürchten war. Der Redakteur Keller hat den Angeklagten versprochen, daß er die Erklärung in seiner Zeitung nicht veröffentlichen würde und die Angeklagten konnten nicht voraussetzen, daß es sich um einen anderen Angeklagten im Sinne des § 101 M.-St.-G.-B. handelte, hat das Gericht bejaht, weil der Angeklagte Gené beim Sammeln der Unterchriften gesagt hat: „Wir wollen anier Recht selbst wahren.“ Kein objektives liegen schwerer Verbrechen gegen die militärische Disziplin vor. Auf der anderen Seite aber kamen für die Angeklagten erhebliche Mitverursachungsgründe in Betracht. Sie waren noch sehr jung und in militärischen Dingen noch unerfahren. Sie hatten den Begriff der militärischen Disziplin noch nicht richtig kennen gelernt und waren sich der Tragweite ihrer Handlungen noch nicht bewußt. Außerdem sind sie von Leuten verführt worden, die älter und erfahrener und daher ihnen überlegen waren. Sie waren im guten Glauben und übervorteilt von der Mächtigkeit dessen, was sie gesagt haben. Trotzdem bestanden beim Gericht erhebliche Zweifel, ob eine Verurteilung noch hier am Platze sei. Das Gericht aber gelangte schließlich zu der Überzeugung, daß eine Verurteilung angehe.

Vermischtes.

* Straßenbahnunfall in Prag. Auf dem Hauptbahn in Prag entgleichte am Dienstag bei der Voreinfahrt ein Motorwagen der elektrischen Straßenbahn. Ein anderer fuhr auf ihn auf, beide wurden zerstört in mehr 12 Fahrstränge wurden verletzt, darunter 5 Männer.

Neue Schiffsunfälle.

Die Chronik der Schiffsunfälle in den letzten Tagen, die gewiß schon umfangreich genug war, hat leider durch drei große Schiffbrüche eine neue Bereicherung erfahren. Erstlich ist bekannt die Kunde, daß der Union-Castle des englischen Unterseeboots „C. 14“, der bereits kurz gemeldet worden war, keine Menschenleben gefordert hat. Dieser Unfall eines Unterseeboots ist überhaupt der erste, der ohne Menschenverluste abgelaufen ist. Folgende Einzelheiten werden noch bekannt.

Am 11. Nov. 1913, 11 Uhr, hat das Boot „C. 14“ das Boot ergriffen, befand sich nur einige Zentimeter über dem Wasser, so daß die 21 Mann zählende Besatzung bis auf den letzten Mann das Schiff verlassen konnte. Kurz darauf sank das Boot. Die Devonport-Klotzelle bestand aus fünf Schiffen, die im Begriff standen, in den Hafen von Plymouth einzufahren. Da die Fahrstraße vor dem Hafen nicht sehr breit ist, folgte der „C. 14“ der an zweiter Stelle lag, mit einigen ausfahrenden Schiffen, die auf-fallenberweise nur geringe Beschädigungen erlitten. Da das Wasser hier nur von geringer Tiefe ist, hofft man, das Boot bergen zu können.

Das 1907-08 auf der West von Bixlers erbaute Unterseeboot „C. 14“ war mit Petrolantriebsmotoren von insgesamt 16 Pferden und 750 PS. ausgerüstet. Das Schiff ver-mochte über Wasser eine Geschwindigkeit von dreizehn Knoten, unter Wasser eine solche von 8,5 Knoten zu entwickeln.

Schlummer dagegen stellen sich drei neue Schiffsunfälle dar, über die folgende Telegramme vorliegen: Marcella, 11 Dez. Die italienische Brigata „Crenza“ kam gestern in der Bai von Cassis an, wurde jedoch von dem schweren Korwett so heftig gegen die Küste getrieben, daß sie auf ein Riff aufstieß. Mehrere Schleppe-fahrer wurden hinaus, und es gelang ihnen, das Schiff freizubekommen und es in den Hiesigenhafen anzuschleppen. Die Spawarten der „Crenza“ sind jedoch so schwer, daß das Schiff sofort ins Dock genommen werden mußte.

Bei dem zweiten Unfall handelte es sich ebenfalls um ein italienisches Schiff, den Dampfer „Amicia“, der gestern morgen den Hafen verlassen hatte, um nach Genua zu fahren. Das Schiff wurde von dem schweren Sturm derart hin und her geschleudert, daß es gegen ein Riff lief, wobei es ein großes Loch erhielt. Auf die Not-signale des Schiffes hin fuhren eine Anzahl größere Dampfer und mehrere Rettungsboote aus, doch vermochten diese nicht, sich dem Schiff zu nähern, so daß man dieses trotz seiner dringenden Hilfe ohne Hilfe lassen mußte. In Bord des Schiffes befindet sich außer dem Kapitän eine Besatzung von 21 Mann. Aus Durban läßt hier folgende Nachrichten ein: Der Dampfer „Camri Castle“ von der Union Castle Line, 5200 Tonnen groß, ist bei Beira in Portugiesisch-Ostafrika, 850 Meilen von Durban entfernt, gestrandet. Das Schiff landete drahlige Sisträufe an die Agentur der Union Castle in Durban. An Bord des Dampfers befinden sich u. a. 250 Mann eng-lischer Truppen, die für Durban bestimmt waren. Hoffentlich gelang es noch, die Schiffe und die Besatzung in den beiden letzten Fällen zu retten.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Th. Köhner in Merseburg.

Reizsache!

Reizende Neuheiten in:
Nuffen ■ Stolen ■ Pelzhüten
Garnituren für Knaben u. Mädchen.
Beste fachmännische Verarbeitung.
Billigst gestellte Preise!

Chr. Voigt

loh. F. O. Schmidt.
Halle a. S., Leipzigerstr. 16.
Rabatt-Spar-Verein. Telefon 2066

Sie wissen, wie  billig  meine

Puppen u. Spielwaren

sind, daher decken Sie Ihren Bedarf nur bei

Hans Käther, Markt 20.

Mitglied vom Rabatt-Spar-Verein.

Enorm grosse Auswahl. •••••••• Puppenklinik. •••••••• Entgegenkommendste Bedienung.
Besichtigung der Ausstellung jederzeit gern gestattet.

Richard Lots

Merseburg, Burgstrasse 7, Fernsprecher 120

Specialgeschäft für moderne Geschenke

Papierhandlung
Geschäftsbücher

Bürobedarf

Kunsthandlung
Schreibmaschinen

Aparte Geschenke in
Bronze, Altsilber, Altmessing, Zinn, Porzellan u. Kristall

Künstlerischer Wandschmuck

Moderne Rahmung von Bildern

Feine Briefpapiere in
geschmackvollen Packungen

Monogramm Prägung
Namen Aufdruck

Moderne Kalender

Feine Lederwaren
Damentaschen

Weihnachts- Ausstellung

— Größtes Atelier. — Photographie Rud. Arndt, Merseburg a. S.
Besonders eingerichtet. Gotthardstr. 42.

Wollen Sie gut und vorteilhaft kaufen

so decken Sie Ihren Bedarf in



Schuhwaren



nur im

Schuhwarenhaus Stern & Co.

Grösstes und leistungsfähigstes Spezialhaus für einfache und elegante Schuhwaren.

Merseburg.

Kl. Ritterstrasse 7.

Telephon 448.

Hierzu zwei Beilagen.

Erste Beilage.

Invalidenversicherung und Volksgesundheit.

Das Invalidenversicherungsgesetz, und neuerdings dementsprechend die Reichsversicherungsordnung (§ 1269, 1305) gibt den Versicherungsanstalten das Recht — nicht die Pflicht — erkrankte Versicherte, die wieder erwerbsfähig werden können, in Selbstbeschäftigung zu nehmen, und sie sind weiter beauftragt, auch Invalidenrentner einer solchen zu unterwerfen, wenn sich Beteiligung der Erwerbsunfähigkeit erhoffen läßt.

In den Einzelheiten der Selbstbeschäftigung haben die Versicherungsanstalten völlig freie Hand. Ihrem Ermessen bleibt es überlassen, in welcher Höhe und für welche Zeitdauer sie die Kosten tragen wollen. Es steht ihnen ebenfalls die Art der Beschäftigung frei, ob die Kranken in Krankenhäusern, Lungenheilstätten, Luftkurorten, Genußheimen, Bädern, Privatpflege unterzubringen sind usw. Einen Nutzen von dieser Wohlfahrtspflege haben außer den Behandelten selbst naturgemäß in finanzieller Hinsicht die Krankengeldbesitzer und die Versicherungsanstalten und dementsprechend ist vorzulegen, daß sie den Versicherungsanstalten die Kosten ganz oder teilweise zu erstatten haben. Die Fürsorge verpflichtet weiter die Angehörigen der Behandelten. Das Gesetz legt den Versicherungsanstalten hier die Verpflichtung auf, während des Selbsterwerbs jenen Unterstützung zu zahlen, selbst dann, wenn der Kranke der gesetzlichen Krankenversicherung nicht unterliegt.

Über die Erfolge der Versicherungsanstalten, Kranken und Invaliden wieder zur Arbeitsfähigkeit zu verhelfen, erachtet das Reichsversicherungsamt alljährlich einen statistischen Bericht, der in mehr als einer Beziehung das allgemeine Interesse auf sich zieht. Denn er läßt die Wohlfahrt erkennen, in der Invalidenversicherung und Volksgesundheit zueinander stehen.

Die Statistik ermittelt einen Einblick in den stetig steigenden Umfang der Leistungen auf diesem Gebiete sozialer Fürsorge, welche eminenten Summen beispielsweise laufend bereitgestellt werden für den Bau von Lungenheilstätten, Genußheimen, Invalidenheimen, in welcher Höhe Darlehen zum Bau von Wohnheimen, Kranken- und Stiefelhäusern zur Verfügung stehen, wie allen den anderen jenseitigen Einrichtungen wie Auskunfts- und Fürsorgestellen, Pflegeanstalten, Waidholungsstätten stetige Förderung zuteil wird. Besonders zu gedenken sind daneben der Aufwendungen zur Bekämpfung der allgemeinen Volkskrankheiten, vor allem der Lungen- und Tuberkulose, des Alkoholmißbrauchs.

Auf allen diesen Gebieten der Fürsorge läßt das Reichsversicherungsamt seit Jahren mit dem Jahr zu Jahr eine immer größer werdende Anzahl von Personen die Wohlfahrt der Selbstbeschäftigung zuteil werden, und mit die von der Invalidenversicherung für die Wiedererwerbung der Volksgesundheit aufgewendeten Summen seit Jahren ständig zunehmen.

Im Mittelpunkt der staatlichen Fürsorge steht naturgemäß die Bekämpfung der schwerwiegendsten und am meisten verbreitetsten Volkskrankheit, der Lungen- und Tuberkulose. Seit 1897, dem ersten Jahr, seit welchem statistische Erhebungen über das Vorkommen der Landesversicherungsanstalten stattfinden, ist die Zahl der ständig

behandelten lungenheilstättenfähigen Männer auf mehr als das Zwölfwache, die Zahl der Frauen auf das Zweifundzwanzigfache gestiegen. Die ambulatorisch behandelten lungenheilstättenfähigen Männer und Frauen zusammen haben seit einer Steigerung von mehr als das Dreifachdreifache erfahren. Wie die Heilfürsorge der Landesversicherungsanstalten dauernd anwächst, wird weiter am wirksamsten veranschaulicht, wenn man die in Selbstbeschäftigung genommenen Personen der versicherungspflichtigen Bevölkerung gegenüberstellt. 1897 kamen auf 10 000 Versicherte erst 9 Personen, die der Wohlfahrt dieser staatlichen Fürsorge teilhaftig wurden. Im letzten Berichtsjahre wurden hingegen von 10 000 Versicherten im Durchschnitt 93 Personen in Heilfürsorge genommen. Seit 1897 beträgt also die Zunahme 84 Personen auf je 10 000 Versicherte.

Auch hinsichtlich des Kostenaufwandes ergibt sich, daß für die Fürsorge der Schwindsichtigen bedeutend höhere Aufwendungen gemacht werden als für die anderen Kranken. Absolut genommen ist sogar der Kostenaufwand für Schwindsichtige beinahe doppelt so hoch. Ingesamt wurden im letzten Berichtsjahr wegen Lungenheilstätten auf 50 000 Personen behandelt. Der Kostenaufwand hierfür überstieg den Betrag von 19 Millionen Mark bei weitem. Die Gesamtkosten, welche die Landesversicherungsanstalten in demselben Jahre im Wege der Selbstbeschäftigung für die Volksgesundheit zur Verfügung stellten, bezifferten sich auf rund 30 Millionen. Auch aus dem Vergleich dieser beiden Summen ergibt man, wie sehr die Bekämpfung der Lungenheilstätten im Vordergrund der Fürsorge steht.

Neben den vorgenannten Aufwendungen verdienen noch andere Erwähnung, die nebenhergehen und die Wirksamkeit der Heilfürsorge wesentlich fördern. Dahin gehören die Ausgaben für Gemeinderankenpflege, die namentlich auf dem Lande zur Durchführung kommt in Form von Zuschüssen an Frauenerwerber, Krankenpensionsanstalten und Singschulen. Dazu treten ferner ständige Beihilfen an die im deutschen Reich bestehenden Wohlfahrtsvereine zur Bekämpfung der Lungenheilstätten und zur Errichtung von Heilstätten, die Zuschüsse zur Errichtung und Unterhaltung von Waidholungsstätten und von Auskunfts- und Fürsorgestellen. Dahin gehören endlich noch die Zuschüsse für Wohnungsbeschaffung, zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs und der Geschlechtskrankheiten. Über sich die Höhe nimmt, die dargebotenen statistischen Tabellen eingehender zu durchmustern, ist in der Tat erstaunlich über die vielgestaltige Wohlfahrtspflege und die große Zahl von Vereinigungen und gemeinnützigen Anstalten, denen im Interesse der Wiederherstellung der Kranken und Invalidenrentner aus den Mitteln der Landesversicherungsanstalten laufend Beihilfen zugesichert werden. Wenn man alle diese Zuschüsse summiert, gelangt man auf einen weiteren Betrag von weit über 20 Millionen Mark.

Die Selbstbeschäftigung an sich nimmt einen sehr mannigfaltigen Charakter an, je nach dem Grade der Krankheit. Die Bekämpfung der Lungenheilstätten ist und wird geleitet von den Grundrissen der sogenannten hygienisch-diätetischen Methode, also ausgiebiger Genuß frischer Luft, reichliche Ernährung, regelrechte Hautpflege, und was das Wichtigste für die Kranken ist: gesundheitsliche Erziehung. Die anderen Krankheitsarten werden nicht allein in den allgemeinen Krankenanstalten und Hospitälern behandelt,

sondern es kommen auch Kliniken aller Art, ferner chirurgische, orthopädische und mediko-mechanische Institute und weiter die Zentren, Nerven-, Natur-, Wasser- und Trinkerheilstätten in Frage. Lungenheilstätten, die aus irgend einem Grunde in die Heilstätten nicht aufgenommen werden können, finden und finden in den sogenannten Waidholungsstätten Befreiung ihrer Leiden. Die Zahl der in Behandlung genommenen Geschlechtskranken und die der Trinker hat gegen das Vorjahr gleichfalls bedeutend zugenommen.

Es liegt auf der Hand, daß diese weitreichenden, unter den Kulturstaaten beispiellos bestehenden staatlichen Wohlfahrtspflege ein jenseitiger Erfolg nicht verlagert sein kann. Ziffermäßig findet er denn auch seinen Ausdruck in dem ständigen Sinken der Sterblichkeitsziffern im deutschen Reich, insbesondere im Rückgang der Sterblichkeitsziffer der Schwindsichtigen. Neben dem Dienst, den die Invalidenversicherung durch die Bekämpfung der Volkskrankheiten leistet, steht aber auch nicht das ethische und erzieherische Moment. Die staatliche Fürsorge ist befreit, den Kranken und Invaliden, deren Erwerbsfähigkeit wieder hergestellt bzw. wieder verbessert werden kann, nicht etwa für alle Zeit mit Unterhaltungen auszubehelfen, was schließlich nur eine demoralisierende Wirkung hätte, die letzten Endes heraus käme auf Almosenessen, sondern sie ist stattdessen beauftragt, ihnen das beste arbeitsgemäße, was ihnen wieder geschenkt werden kann: Gesundheit und Arbeitskraft.

Provinz und Umgegend.

1. Juli, 9. Dez. In einem außerordentlichen Verbandstag traten unter Vorsitz des Superintendenten Büchling in Eilenburg am Abend des 7. Dezember in Halle die Vertreter der 6 im mitteldeutschen Verband zusammengeschlossenen Arbeitervereine zusammen. Es waren 102 Stimmen vertreten. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Vorsitzenden, die von zwei gewählten Mitgliedern, vorgelesen von der Sangesabteilung des hallischen Vereins, eingeleitet war, beschloß man sich eingehend mit der Frage der Volksversicherung. Daß der sozialdemokratischen „Volkshilfe für eine Volksversicherung“ entgegengehalten sei, war einseitige Meinung. Eine ausgiebige Debatte entspann sich über die Frage, ob man sich der öffentlichen Lebensversicherungen oder der Deutschen Volksversicherung, Arbeitergesellschaft, anschließen solle. Nach gründlicher Besprechung des Charakters und der Aufgabe der Volksversicherung entschied sich der Verbandstag mit 74 gegen 27 Stimmen eine Stimme wurde für die Volksversicherung für den Antrag an die Deutsche Volksversicherung. Im Interesse der nationalen Arbeiterbewegung ist dringend zu wünschen, daß diesem Wunsch recht bald eine energische Tätigkeit innerhalb der einzelnen Vereine folgt, damit der Selbstschutz der Sozialdemokratie durch die Volksversicherung auch in der noch fernstehenden Provinz zu bringen, auch im Reichsteilgebiet des mitteldeutschen Volksverbandes vertritt wird. Neben einigen kleineren inneren Verbandangelegenheiten wurde noch beschlossen, zur Tagung des Gesamtverbandes am 19. in Saarbrücken den Vorherrscher des Reiches in Halle, K. O. L. B. Weida zu entlassen. Der Vorsitzende des Verbandes nimmt kraft seines Amtes an der Tagung des Gesamtverbandes teil.

Der verlorene Sohn.

Roman von Elisabeth Berhard.

(82. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Inge, Inge, ich möchte dich an mich pressen, dich küssen.“ Willen — neugierig — du bist so schön, doch dein Brautpaar — neugierig — neugierig — er legt meiner Ungeheuer schmerzliche Fesseln an. Inge lächelte kaum, was er sprach, ihre Augen hatten auf den roten Hofen in der Schachtel. Grunow folgte ihren Blicken. „Ein Hochzeitsgesicht — — — diese Rosen, Inge?“ fragte er. „Ja, Hans.“ „Von wem?“ „Von — — — dem Fabrikdirektor — — — von — — — Mister Williams.“ „Ah — — — von dem. Wird er dem heutigen Feste beiwohnen?“ „Nein — — — eine wichtige Angelegenheit rief ihn fort von hier.“

Grunow lächelte höflich. „Ach, behauere, die werde Bekanntheit dieses Herrn nicht machen zu können. Dein Vater hat mir schon so viel von ihm vorgeplaudert, daß ich ihn gern kennen gelernt hätte. Er muß sehr tüchtig in seinem Fach sein.“

„Ja, das ist er.“ lächelte Inge ein.

„Auch liebenswürdig?“ neckte er sie.

„Ja — — — auch das.“ Sie versuchte zu lächeln, aber sie konnte es nicht verhindern, daß eine läche Rote in ihre Wangen flog.

„Ich finde es nicht gerade sehr liebenswürdig, daß er bei deiner Hochzeit fehlt, Inge. Ich meine es wäre seine Pflicht gewesen, ihr beizustehen.“

„Nein, Hans — — — er mußte unbedingt verreisen.“

„Nimm jetzt Frau Selmdrecht das Wort, um Grunows Aufmerksamkeit von Inge abzulenken und ihr somit Zeit zu lassen, sich zu fassen. „Mir unsere Fabrik stand viel auf dem Spiele.“

„Wenn die Sache so steht, ist es allerdings etwas anderes“, erwiderte Grunow und wandte sich nun wieder seiner Braut zu. Er hielt das losbare Brautbüschel ja noch immer in der Hand.

Inge nahm es mit einigen Dankesworten und legte es auf den Tisch.

„Nimm, möchtest du nicht dafür sorgen, daß die Rosen in Wasser gesetzt werden?“ Sie hatten eine lange Stiele. „Gewissenhaft Kind — — — ich werde sie sofort selbst in der Wase ordnen.“

Sie nahm die Schachtel und ging damit hinaus.

„Du sorgst dich sehr um die Rosen, Kind“, sagte Grunow, als sie allein waren, mit scharfem Blick.

„Ja, es wäre schade, wenn sie schnell verwelken müßten.“

„Wie geht es eigentlich Tante Beate?“ lenkte sie ab.

„Schade, daß sie nicht mitkommen konnte. Ich hätte sie so gern kennen gelernt.“

„Das wird in Berlin nachhören. Tante Beate wird ganz in unserer Nähe wohnen und dich oft besuchen.“

„Ich freue mich schon darauf, daß sie mir ihren Rat und Beistand leisten wird.“

„Das wird sie“, gab er mit einem jartätischen Lächeln, das Inge emigig, zur Antwort. „Doch — — — sieh her, mein Lieb — — — nimm die Perlen in Betracht.“

Sie mühen sich ersäugend liebend.

„Er hatte bei diesen Worten ein losbares Perlenhandschuh aus einem Etui genommen und wollte es ihr umlegen. Aber sie wich entsetzt zurück.“

„Um Himmelswillen, Hans — — — Perlen — — — bedeuten Tränen.“

Grunow trat verlegt über die seltsame Aufnahme seines kostbaren Gesichts zurück.

„Du bist abergläubisch, Inge. Das hätte ich dir niemals zugehört. Du träufst mich, wenn du sie nicht anlegst.“

„Berzähle mir, Hans — — — ich bitte dich — — — nur heute nicht.“

„Sie war ganz fahl geworden und streckte beide Hände wie abwehrnd von sich, die bedekten Hände.“

Grunow biß sich auf die Lippen vor Unmut, aber er noch etwas erwidern konnte, trat Frau Selmdrecht über die Schwelle.

„Alma, du mußt mir helfen.“

Grunow ging ihre einige Schritte entgegen und zeigte ihr die Perlen. „Inge will sie nicht anlegen — — — die Kleine ist abergläubisch und meint, sie bedeuten Tränen.“

Frau Selmdrecht mocht einen Augenblick auf das gleiche Antlitz ihrer Tochter. Dann nahm sie das Halsband aus Grunows Hand und trat damit zu ihr hin.

„Welche köstlichen Perlen. Komm, Inge, daß ich sie dir umlege.“

Nur den Brautbüschel einer Sekunde begegneten sich beider Blicke. Einer hatte den anderen verstanden. Dann ließ Inge sich ruhig von der Mutter das Halsband umlegen.

Sie schauerte leicht zu sammen, als die kalten Perlen ihren Hals berührten. Doch verdrang sie es unter einem Lächeln.

„Gute Nacht, Hans — — — vielen Dank.“

Er zog ihre Hand an seine Lippen.

In demselben Augenblick meldete der Diener, daß der Wagen, der die Eltern nach der Kirche bringen sollte, vorgefahren sei, und Frau Selmdrecht verabschiedete sich schnell und ging hinaus.

Wieder war das Brautpaar allein. In wenigen Minuten fuhr auch der Brautwagen vor und Inge saß

Buchanan zum letzten Male. Sie waren als die letzten im Saale geblieben.

„Da erachte sie eine namenlose Angst. Es war ihr, als wenn alle, die ihr teuer waren, von ihr gingen und sie allein auf einsamer Insel zurückbliebe.“

Aber noch war jemand bei ihr.

Hans — — — Hans — — —

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

„Hans — — — Hans — — —“

† Weissenfels, 12. Dez. Der Arbeiter Franz Stöps aus Thielen kam auf der Grube „Paul“ bei Audanau mit einem Arm in einen Transportband, wurde hineingezogen und sofort getötet.

† Chemnitz, 12. Dez. Gestern nachmittag wurde vor dem Saale-Kriminaltribunal 7 das fünfjährige Söhnchen des Tischlers Steimel von dem Postpaketwagen überfahren und getötet.

† Bernburg, 11. Dez. Ein Erbschaftsstreit beschäftigt getrennt den Gemeinderat. Ein im Frühjahr verstorbenen Rentier hätte der Stadt Bernburg ein Kapital vermacht, das nach Abzug einiger Legate etwa 1500 000 Mark betrug. Das anfällige Staatsministerium hat nun erklärt, daß es die Erteilung der landesherrlichen Genehmigung zur Annahme der Erbschaft nicht befürwortet will, wenn die Stadt Bernburg sich nicht dazu versteht, drei mit dem Testator verwandte Frauen mit Bestimmungen zu beenden, die nach dem klar ausgeprochenen Willen des Erblassers leer ausgehen sollten. Obwohl der Magistrat bei seinen Verhandlungen mit dem Staatsministerium darauf hinwies, daß der Erblasser seinen präzis formulierten Willen mit durchschlagenden Gründen in dem Testament belegt hat, wurde die Forderung nicht zurückgenommen, sondern sogar verdoppelt. Der Gemeinderat stimmte nun einem Magistratsvorlage zu, die Forderung des Saale-Erblassers abzuwehren und es auf eine Klage auf Herausgabe der Erbschaft ankommen zu lassen. Der Gemeinderat war der Ansicht, daß er den Willen des Erblassers zu achten habe. Das Testament sei rechtskräftig und die Stadt garnicht mehr in der Lage, die Erbschaft auszuschielen. — Der Gemeinderat genehmigte ferner eine Magistratsvorlage, die 10 000 Mark für Notstandsarbeiten zur Verfügung zu stellen, außerdem man den für das nächste Jahr aufgestellten Haushaltsungsplan zu, der 65 000 Mark neu anfordert.

† Cuedlinburg, 11. Dez. Mit einer Stichwunde im Kopfe wurde gestern morgen ein Soldat der 3. Kompanie des 165. Infanterie-Regiments unweit der Allee aufgefunden. Der Mann soll sich schon am Abend vorher unter Mitnahme seines Dienstgeheißes heimlich aus der Garnison entfernt haben. Der Soldat möglicherweise im ersten Jahre, kommt aus Kolberg und ist in seinem Verfassungsaufnahmepaß mit einer Stichwunde am Kopf versehen.

† Gommern, 11. Dez. Zwischen Danntstom und Wehlig wurde am Sonntag morgen die Leiche eines Radfahrers aufgefunden. Er ist bei dem Versuch, Ausrüstungsgegenstände aus der Hochspannung zu stehlen, verunglückt.

† Zeulenroda, 12. Dez. Die Angelegenheit des verdrachten Wandvertrages ist in ein kritisches Stadium getreten insofern, als Direktor Baumgärtel und drei andere Herren ihre Ämter als Liquidatoren niedergelegt haben. Der Grund hierzu liegt in Quarrelieren. In einer Mitteldeckervermittlung wurde von dem Direktor Baumgärtel ein Vermittlungsangebot gemacht, doch erklärte er, daß er sich nicht für ein solches Angebot einlassen würde, falls der Vertrag nicht erfüllt werden könne. Demnach soll eine Generalsvermittlung einberufen werden, die über die weiteren Schritte beraten soll. Am 22. Dezember findet in Jena die Verteilung des größten Wlods der Brandschwelenden Konsummasse statt, bei der für den Wandverein nur auf dem Saale steht. Falls der Wandverein bei dieser Verteilung den Anteil am Wlode, der von jedem Großen noch 200 Mark der Haftsumme pro Anteil angefordert werden.

† Schneeberg, 11. Dez. Die städtischen Kollegien wählten heute abend im dritten Wahlgange mit 18 von 22 abgegebenen Stimmen Bürgermeister Dr. Dued in Braunlage (Gara) zum Bürgermeister von Schneeberg.

† Jena, 11. Dez. Ein Protest der Gewerkschaften gegen ihre Niederlage. Der Gemeinderat verhandelte heute über den von sozialdemokratischer Seite angeregten Protest gegen die Gemeinderatswahl vom 17. November, bei der bekanntlich die Sozialdemokraten eine große Niederlage erlitten haben. Während der Verhandlungsausschuss die Verwertung der Einbrüche beantragte, behielt der Gemeinderat mit 16 gegen 10 Stimmen die Wahlen für ungültig zu erklären. Die endgültige Entscheidung über den Protest hat der Wahlausschuss zu treffen.

† Kassel, 12. Dez. Nachdem sich die Stadverordneten im März bereits mit allen gegen eine Stimme für die Schaffung eines Rentnervereins auf dem hiesigen Friedhofe ausgesprochen hatten, wurde nunmehr die Ausföhrung dieses Vereinswesens zur Erziehung von Projekten beschloßen. Zum Vorsitzendkollegium gehören außer Kasseler Herren Baurat Schwarzberg in Leipzig, Geheimer Baurat Dr. Kressen (Wänden) und Friedhofsdirektor Henning (Stettin). Die Baukosten für Rentnerklub, Urnenhalle, Urnenhain, Gedächtniskapelle und Leichenhalle betragen 85 000 Mark. Nach dem Mutter von Eberd wird die Einbürgerungsanlage von der Gedächtniskapelle getrennt. Auf diese Basis war auch die Eintragung mit dem Konstruktionsrat erfolgt, das dem Projekt lange Zeit die größten Schwierigkeiten bereitete.

† Weisung, 12. Dez. In einer Verankerung der Studenten der Rechtskunde an der Universität Leipzig wurde beschloßen, bis auf weiteres alle Vorträge, Praktika und klinischen Übungen nicht zu besuchen. Nach diesem Beschluß haben heute die Studenten der Zahnheilkunde solidarisch mit dem Streik begonnen. Die Studenten hatten von den zuständigen Behörden die Möglichkeit der Eintragung einer eigenen Doktorwürde angefragt, konnten aber bisher keine zufriedenstellende Antwort erhalten.

Mereburg und Umgegend.

12. Dezember.

**** Neue Form der Lotterielose.** Die loben ausgegebenen Lose für die A. preussisch-ländische (200. Königliche) preussische, Lotterielose, deren ersteziehung am 12. Januar 1914 begann, haben eine vollständig andere Form. Die früheren Lose hatten eine Länge von 10 1/2 Zim. und waren 8 Zim. breit. Von nun an weisen die Lose dieselbe Länge auf, haben aber nur eine Breite von 5 1/2 Zim., sind also um 2 1/2 Zim. breiter. Die Neuverteilung soll deshalb geschehen sein, weil die ursprünglich auf großem Wagen bereitgestellten Lose sich bei diesen Formen handhaben lassen.

Die Prämien der öffentlichen Volksversicherung zur Information über die öffentliche Volksversicherung mögen folgende Zahlenbeispiele dienen: Carl A. Steib's Lebensversicherung: Bei einer Mark Monatsprämie

und einem Beitrittsalter von 20 Jahren wird eine beim Tode des Versicherten zu zahlende Versicherungssumme von 566,— Mark gewährt. Die Beitragsleistung hört mit dem 50. Lebensjahre auf. — Carl B. Todesfall: Bei einer Lebensversicherung von 10 Mark monatlich und einem Beitrittsalter von 18 Jahren können beim Tode, spätestens aber zu Lebzeiten des Versicherten bereits mit Erreichung des 35. Lebensjahres 224,— Mark versichert werden. Diese Versicherung wird besonders deshalb empfohlen, weil auf diese Weise der Einzelne für die Zeit der Selbständigmachung oder Begründung eines Geschäftes sich ein kleines Kapital sichern kann. — Carl C. Rückzug: Bei einer Mark Monatsprämie und einem Beitrittsalter von 2 Jahren können, wenn die Versicherungssumme beim Tode, spätestens aber mit dem 20. Lebensjahre zur Auszahlung gelangt, 252,— Mark versichert werden. Beim Tode des versicherten Kindes vor dem 7. Lebensjahre werden die eingezahlten Prämien mit 4 Prozent Zins und Zinseszins zurückgegeben, beim Tode des Kindes nach dem 7. Lebensjahre gelangt die Versicherungssumme voll zur Auszahlung. Im ungünstigsten Falle werden beim Erleben des Endtermins eingezahlt für 18 Jahre pro Jahr 12,— Mark ist 216,— Mark. — Die mitgeteilten Versicherungssummen erhöhen sich voraussichtlich noch beträchtlich dadurch, daß sämtliche Überschüsse von dem Beitrags- oder Rückversicherungsurteil auf diese Versicherten verteilt werden.

**** Für Jäger sehr zu beachten ist eine Gerichtsentscheidung,** auf die die Jagdbildzeit, „St. Subertus“ hinweist. Danach wurde einem Jäger, der es unterlassen hatte, beim Betreten eines Landhofs sein Jagdwort abzugeben, auf die Dauer von drei Jahren entzogen und sein Eintritt gegen diese Verfügung in allen Instanzen zurückgewiesen.

**** Die jüngsten Absolventen des Realgymnasiums** während der Weihnachtsferien das Publikum selbst wesentlich beitragen. Die Einlieferung der Weihnachtspakete sollte nicht lediglich oder vorwiegend bis zu den Abendstunden verschoben, namentlich für Familienverbindungen nützlich an den Vormittag aufgegeben werden. Selbstfrankierung der einliefernden Weihnachtspakete durch Postwertzeichen sollte die Regel bleiben. Mit ihrem Gehalt an Postwertzeichen müßte sich ein jeder schon vor dem 19. Dezember versehen. Zeitungsbestellungen dürfen nicht in der Nacht vom 19. bis 21. Dezember am Schalter der Postanstalt angebracht werden. Für die am Postschalter zu leistenden Zahlungen sollte der Briefträger das Geld abgeholt bereit halten. Die Befolgung dieser Maßregeln würde der Post und dem Publikum gleichmäßig zum Nutzen gereichen.

**** Tod eines alten Schneidmachers.** In Bad Nauhausen starb nach längerem Leiden der Obersteintant A. D. Mar. Loth, der dem Regiment von 1873 bis 1902, zuletzt als überjähriger Major, angehört hat.

**** Diskontenberichtigung der Reichsbank.** Der engere Ausschuss der Reichsbank setzte in seiner heutigen Sitzung den Diskont auf 5 Proz. (früher 6 1/2 Proz.) und den Wechselkurs auf 8 Proz. (früher 6 1/2 Proz.) herab.

**** Geschäftliches.** Eine bedeutende Vergrößerung des Betriebes führt zur Zeit die Maschinenfabrik von Otto Schramm in Chemnitz an. Durch Ankaffung von Maschinen und Werkstoffen für den Aufbruch zum Bau eines größeren Fabrikneubaus ist die Vollendung entgegen, der dem angelegten Betriebe Rechnung tragen soll.

**** Wüldelerei** wird in der benachbarten Neudorfener Gegend von seit längerer Zeit getrieben. Schisse hörte man in den Nächten sehr oft, aber niemals konnten die Täter ermittelt werden. Gestern fand ein Menschener Lindwirm ein Nischen auf seinem Felde, das infolge eines Streifschusses verendet war. Nur Wüldelie konnten die Täter sein. Die Genauerie wurde sofort von dem Lande in Kenntnis gesetzt und die Untersuchung nach dem Täter aufzunehmen, da bestimmte Verdachtsgründe vorliegen. Ermittelt wurde der Einspänner G. in Meuscha, in dessen und seines Sohnes Wohnung ein weiteres bereits zerlegtes Nischen gefunden wurde. Er wurde verhaftet, hinter aber wieder freigelassen. Die Ermittlungen werden fortgesetzt, doch ist hier bei der Wüldelerei eine Lösung nicht zu erwarten. Ob ihm frühere Fälle zur Last gelegt werden können, dürfte nicht mehr festzustellen sein.

**** Sodenwettpiel.** Das für morgen, Sonnabend, nachmittag 4 1/2 Uhr auf dem hiesigen Tiergarten angelegte Wettpiel zwischen dem hiesigen Sodenklub und dem Pöden fast bei jedem Wetter, ausgenommen fröhnenden Regen, gespielt werden kann. Die Zeitgeber treffen mit einem ihnen seitens der Antobusgesellschaft zur Verfügung gestellten Extrawagen hier ein. Das Wettpiel wird etwa eine Stunde dauern und einen interessanten Verlauf nehmen, da die hiesige Mannschaft fleißig geht hat.

**** Die Versicherungspflicht der Aufsichtsratsräten** ist durch bundesratliche Verordnung bisher noch nicht geregelt worden. Nach dem Gesetz hat sich der Aufsichtsrat der Versicherungspflicht, auch wenn sie des Tags nur eine halbe Stunde kommt und monatlich um 6 Mark Lohn erhält. Eine noch ausstehende bundesratliche Verordnung wird laut „Kreuzzeitung“ feststellen, wieweit vorübergehend geringfügige Dienstleistungen verschonungsfähig bleiben, und es ist anzunehmen, daß diejenigen Aufsichtsratsräten, die noch nicht ein Drittel des durchschnittlichen Tagelohns von 240 Mk. verdienen, von der Versicherungspflicht befreit bleiben. Leider scheint es dem genannten Punkte zufolge nicht lo, daß die Verordnung bald erlassen werden wird. Aufsichtsratsräten die weniger als eine Woche beschäftigt werden, sind der Versicherungsfrei.

Q. Ermittl., 11. Dez. Gestern fand hier große Freizeid auf der Gemeinde- und Rittergutskur statt. Räderbeam. Pfeiffer ist Rittergutsbesitzer A. P. Leipzig. Von einigen 20 Jägern wurden 20 Hasen zur Ernte gebracht.

Q. Schenk, 12. Dez. Der Veteranen-Silberband wird nach 10 Jahren den Veteranen und Widmen von solchen eine Weihnachtsfeier bereiten. Um die Pöse zu süßen, hatte sich der Wandvereins in den Dienst der guten Sache gestellt. Mittwochabend

führte der Verein im Saale der goldenen Sonne zwei Theaterstücke, nämlich „Der Kromm (Junge von Denevitz)“ und „Die Wölferjagd 1818“ auf. Die jungen Leute waren mit Leib und Seele bei der Sache und spielten alle ausgezeichnet. Der Silbertreis erfreute die Zuschauer mit einigen dabei ausgesprochenen Reden. Ein beträchtlicher Ueberzuck konnte an die Veteranen Silbertafel abgeführt werden.

*** Aus der Saaleau, 11. Dez.** Wenn der Dichter sagt: es ist nichts schmerzlicher zu tragen, als eine Reiche von guten Tagen, so hat er gewiß nicht unrecht. Gute, viel zu gute Tage hat der Landmann bisher gehabt. Die ältesten Leute, die sich bekanntlich nie an etwas erkranken können, wissen von keinem so schlimmen Spätjahr so viel zu berichten, wie wir ihn in diesem Jahre mit Staunen und Verwunderung erlebt haben. Das war ja kein Herbst, sondern der schönste Frühling, wie wir ihn nicht schöner wünschen konnten. Der Kletter ist dicht am aufbrechen, und manche Reiten haben nicht zwei, sondern dreimal geblüht. Die Zeit ist ja freilich dem Landmann sehr zu gute gekommen, der die Rechenarbeiten viel weiter gefördert hat, als die sonstigen Jahre, wo wir manchmal um diese Zeit sehr viel weißes Brod käufe gehabt haben, wie z. B. im Jahre 1902, und wo Feld und Flur mit dichtem Schnee bedeckt war. Jetzt aber möchten wir doch, daß es bald Winter wird und die Saat ihren notwendigen Saus gegen Frost erhält, die doch einmal kommen wird. Die Saat ist schon recht weit vorgeföhrt, ein dicker grüner Schnee bedeckt das Feld, und es ist zu befürchten, daß für ihn der Schnee nicht genügt, und der Frost, wenn er eintritt, viel Schaden anrichten wird. Leider sind die Aussichten auf einen Umschlag der Witterung nur gering. Möglicherweise haben wir auch in diesem Jahre wieder ein richtiges Weihnachtsmutter zu erwarten. Es scheint, als ob solches mehr und mehr laengert werden sollte. Unter geistlichen Weidmännern, auf denen alles die verheißene ist, entprenden der Wirklichkeit nicht mehr, und wenn es lo weiter geht, wird der Weihnachtmann nicht im Feld, sondern in Hembdenarmeln zu uns kommen. Nun, auch so sollte er uns willkommen sein, aber schade wäre es doch.

Mücheln und Umgebung.

12. Dezember.

M. Ober-Gießfeld, 11. Dez. Unter dem Vorhange des Gutsbesitzers Otto Vogt fand hier die letzte diesjährige Sitzung des „Landwirtschaftlichen Vereins von Mücheln und Gießfeld“ statt. Der Vorsitzende eröffnete mit freundlichen Begrüßungsworten die Versammlung und erzielte nach einigen geschäftlichen Mitteilungen dem Landwirtschaftslehrer Eggeling-Ähren das Wort zu dem Vortrage: Welche Nützwandlungen ergeben sich für die landwirtschaftliche Praxis aus den neuesten Forschungsergebnissen auf dem Gebiete der Fütterungslehre? Ausgehend von jenen der Fütterungslehre, mit möglichst wenig Fütterer möglich ist der Ertrag zu erzielen, schilderte der Vortrage die Versuche und Forschungsergebnisse des Ob. Hofrats Professor Dr. Mellner-Wieders. Danach ist die bisher geübte Fütterung von Mischfuttermitteln zu Gunsten der reinen Klee- und Heufütterung zu empfehlen. Die Futtertafel stellt in kräftigen Farbenbänden dar: 1. Die mittlere Zusammenziehung der gebräuchlichsten Futterstoffe und Kraftfuttermittel, 2. Fütterungsnormen für die einzelnen Nutztierkategorien von Zug- und 1000 Kg. Lebendgewicht. Unter Benutzung dieser Tafel erzielte der Referent Resultate zur Aufstellung und Einblendung des Futtermittelvorratsschlages. Sämtliche Futterverordnungen sind gemäßigt festgesetzt und ihr Inhalt an Trockenstoffen, verdaulichen Eiweiß und Stärkerwerten nach den oben genannten Tabelle festgestellt worden. Aus der Tabelle ist auch der Bedarf des Tieres an diesen wertvollen Stoffen erkennbar, und es ergibt sich durch eine einfache Rechnung, welche Stoffe durch Kraftfutter zu ersetzen sind. In der landwirtschaftlichen Wochenschrift ist angegeben, welche Kraftfuttermittel jenseitig preiswert sind. Um in dieser Richtung ökonomisch zu wirtschaften, muß sich der Landwirt an die sogenannten Fütterungsnormen anschließen, die auf Grund von Versuchen und praktischen Erfahrungen aufgestellt wurden. Solche Fütterungsnormen und Futterbeispiele finden sich in der von der Landwirtschaftsgesellschaft herausgegebenen „Futtertafel“. Der Vortrage wurde erläuterte mehrere Futterbeispiele. Wie geht man bei der Aufstellung einer Futtertafel vor? Die Futtertafel besteht aus der Anzahl der zu fütternden Landwirte „Futtertafeln“ und „Futterbeispiele“. Die Futtertafel besteht aus der Anzahl der zu fütternden Landwirte „Futtertafeln“ und „Futterbeispiele“. Die Futtertafel besteht aus der Anzahl der zu fütternden Landwirte „Futtertafeln“ und „Futterbeispiele“.

*** Anmerk., 11. Dez.** Die Jüderbüchel Wittenburg hat während ihrer diesjährigen Rampagne, die am 7. Dezember endete, ca. 58800 Jenner Klüben verarbeitet. — In Kohnleben plant man die Errichtung einer Wirtelschule. Man rechnet auf auswärtige Beileistung. — Die Zuckerfabrik Hofleben bediente am Sonntag ihre diesjährige Rampagne.

*** Schneid, 11. Dez.** Bei der gestrigen Teischausschüttung des Schneidewerks D. Stöber wurden von 36 Schichten 380 Haken zur Strecke gebracht, ca. 200 weniger als im normalen Jahre. Auch die Samenpreise sind in diesem Jahre infolge der billigen Feldpreise 1 Mark niedriger als im Vorjahre.

Haus vergangener Zeit — für unsere Zeit.

13. Dezember 1813.

Friedensbedürfnis in Frankreich. Wenn der Kaiser ganz Frankreich um sich vereinigen könnte, schrieb an diesem Tage Graf D'ea an Napoleon, „wie ein Napoleon, der die Welt in seinen Händen hält, eine solche Welt zu sein, ist ein einziger Schrei hören: Streichen Sie uns den Frieden!“ Nun war Napoleon wichtiglich der letzte, der die Aufregungen der öffentlichen Meinung gering achtete, aber nicht mit Unrecht hielt er im Augenblick seine Tage für zu unglücklich zum Friedensschluß. Er misstraute den Verbündeten, fürchte, daß diese an irgendwelchen Gelegenheiten zu wiederholten Malen zu wiederholten Malen erforderlich, seine und Frankreichs militärische Ehre durch einige Siege wieder heranzustellen. Es ist mit Evidenz abzumachen, daß er erkannte, er gehe einem Verzehringungskampfe entgegen, aber einerlei vertraute er

Beilage zum „Merseburger Correspondent“.

Ar. 292.

Sonntag den 13. Dezember

1913.

Zweite Beilage

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 11. Dezember.) In der Donnerstagssitzung kam bei der Fortsetzung der Erörterung zunächst der eilföhrliche Abg. Kildin, der Präsident der eilföhrlich-singlichen Zweiten Kammer, zum Wort. Er befaßigte sich ausschließlich mit der Jaber-Verfassung und wandte sich dabei scharf gegen die Verdächtigungen des Grafen Westarp gegen die eilföhrliche Verfassung, für die nicht der Schulten eines Beweises vorhanden sei. Wenn in der eilföhrlichen Bevölkerung das Vertrauen zum Reichstager abgenommen habe, so ist um so mehr das Vertrauen zum deutschen Volke durch das Mißtrauensvotum des Reichstages gefährdet worden. Von Interesse war seine Mitteilung, daß tatsächlich eine Statiballerie an dem Tage bestand, an dem der Kanzler seine erste Rede hielt, erst in Danachschlingen wurde die Kritik gehoben. Auch Abg. Hoch (Soz.), der die zweite Genarrtur der Redner eröffnete, kam in seiner langen Rede nochmals ausführlich auf Jaber zurück. Er unterrichtete die Scheidemannsche Anforderung an die bürgerlichen Parteien, der jetzigen Regierung den Gtat zu ernellegen. Dabei mußte der sozialdemokratische Redner freilich dem Abg. Westarp bestätigen, daß die Sozialdemokraten niemals einen Sitz in der Regierung, auch bei einem parlamentarischen Regime annehmen würden. Abg. Erzberger (Z) führte im Falle Jaber eine weit schärfere Sprache gegen die Regierung als sein Parteifreund Dr. Spahn. Er protestierte vor allem dagegen, daß der Reichstager die Anlegenheit und des Mißtrauensvotum dem Reichstager die letzte Käsel nehme. Das Zentrum wurde ebenfalls aus der Haltung des Kanzlers seine Konsequenzen ziehen. In scharfer Weise wandte er sich auch gegen den Konserativen Grafen Westarp, der mit seiner Proklamtion des militärischen Jautretens in Süddeutschland keine moralischen Erörterungen machen könne. Bei der Besprechung des Gtats inderte er, daß die Sozialdemokraten in der Regierung für lange Zeit Schlag gemacht werde. In draunswelgischen Frage nahm dann der draunswelgische Bundesratsbevollmächtigte Gebelmat Bodan das Wort, um seiner Genugtuung Ausdruck zu geben über die smpathische Aufnahme, die die Regelung der draunswelgischen Ehrenfolge im Reichstag gefunden habe. Er betonte dabei, daß die Sozialdemokraten des jetzigen draunswelgischen Landesherren über jeden Zweifel erhaben sei. Abg. Sackmann (Vorfrh. Sp.) befaßigte sich eingehend mit der auswärtigen Politik. Seine Darlegungen über die Wirkungen der Balkankrise und die Mitteilungen des Reichstages gipfelten in dem Ausdruck der Genugtuung darüber, daß die auswärtige Politik eine Neuschichtung eingeleitet sei von dem Gesichtspunkt aus, daß die bestehenden Machtgruppen zwar nicht auflösbar sind, daß ihnen aber der feindliche Stachel, die unruhliche Tendenz genommen werde. Von diesen Gedanken ausgehend, forderte der Redner eine energische Förderung der Beziehungen, die auf eine Verständigung mit Frankreich und England hinzielen. Den überflüssigen Zug der Verwaltungspraxis in Nord-Schleswig, vor allem das Rednerwort gegen Amunosen, beunruhigte der Redner auch mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, in den handwänschen Ländern für Deutschland Sympathien zu erwerben. Zum Fall Jaber wies der Redner auf die merkwürdige Tatsache hin, daß von der Regierung zwar jeder Angriff gegen Militärbehörden energisch zurückgewiesen werde, daß der Reichstager aber die Verteidigung der eilföhrlichen Jolider in Lösung gegen die ganz unangebrachten Vorwürfe der letzten Regierung zu erwerben. Dem Kanzler führte er zu Gemüte, daß er den Kontakt mit der Volkvertretung verloren habe und offenbar auf die Macht des Reichstages unterdrücke. Die Volkstretter hätten genug Möglichkeiten, um der Auffassung des Reichstages, wenn sie dauernd ignoriert wird, Geltung zu verschaffen. Die Sozialdemokraten und die bürgerlichen Parteien darüber zu belehren, wie konstitutionell geregelt wird. Wenn der Reichstager konsequent sein sollte, dann hätte er den Reichstag auflösen müssen, die Wirkung wäre freilich sicher eine Dezimierung der Parteien der Rechten gewesen. Die unruhige und unglückliche Haltung des Kanzlers in der ganzen Frage führte Sackmann auch auf den beunruhigenden Umstand zurück, daß bei so wichtigen Fragen der Kaiser so selten in Berlin sei.

Unter lebhaftem Beifall stellte der Redner schließlich fest, daß der Reichstag durch sein entschiedenes Vorgehen den Schaden wieder gut gemacht habe, den der Reichstager angerichtet habe. Der Reichstager sei in der Faktionshant hatte wieder seinen hohen Rang. Er hatte die Ausführungen des fortfröhlichen Redners offenbar nicht richtig verstanden und antwortete nun auf Fragen, die gar nicht gestellt worden waren, und zwar in einem so gereizten und unangebrachten Tone, daß die Abgeordneten lebhaft dagegen protestierten. Aus den Erklärungen des Reichstages ersah man übrigens, daß die Frage, ob der Reichstager die Genarrtur entgegen werden soll, an maßgebender Stelle noch nicht erörtert worden sei, daß die Behandlung dieser Angelegenheit aber von dem Ausgang der Untersuchungen abhängt. Die Rede des Abg. Dr. Dertel (kon.) brachte wenig Neues. Er verleihtete den Standpunkt des Grafen Westarp. Seine Freunde fürchteten, daß das Herz manchen gemacht werden könne. Reinesfalls wollen sie den Weg mitgehen, der zum parlamentarischen Regime führt. Zur Frage des Arbeitswillens schloß er sich an, daß die Einlegung einer Kommission, da die Verträge des Reichstages auf Verschärfung des Strafgesetzes eine Verschärfung auf den Jämmerlingstakt bedeuten. Natürlich konnte der agrarische Redner auch bei dieser ersten Debatte von seinen lastum bekannten Mäßen nicht lassen, was der folgende Redner, Abg. Paasche (natl.), mit vollem Redt rügte. Im übrigen stellte sich dieser auf denselben Standpunkt, den Abg. Erzberger dem Reichstager und dem Kriegsminister gegenüber eingenommen hatte. Er erklärte, daß die nationalliberale Partei trotz aller langen Verhandlungen, die seitdem stattgefunden haben, zu den Worten ihres Fraktionsgenossen von Celler beim Beginn der Interpellationsdebatte siehe. Er beunruhigte die geringfügige Art, mit der der Kanzler das Mißtrauensvotum des Reichstages gewertet habe und verlangte mit Rücksicht größere Rücksichtnahme auf die Volkvertretung. Die wertvolle Lage beurteilte er als sehr pessimistisch. Auch in Frankreich sei die Rechte erheblich gefallen. Die draunswelgische Frage sei im allgemeinen in betriebiger Weise gelöst, wenn auch Einzelheiten noch im Preussischen Landtag zu erörtern sein werden. Mit einer scharfen persönlichen Bemerkung des Abg. Kildin (Elf.) gegen den Reichstager, worin er ihm sagte, daß er ansehender noch nichts gelernt habe und den Reichstag mit dem Jäternoffizier in Jaber verwechselte, schloß die Sitzung. Für Freitag steht der Antrag über die Beteiligung der Weltausstellung in San Franzisko und Jodann die Weiterberatung des Gtats auf der Tagesordnung.

Der Vizepräsident des Reichstages, Gef. Justizrat Dove, begann am Donnerstag seinen 60. Geburtstag. Aus diesem Anlaß hatte die Fraktion der fortfröhlichen Volkspartei einen allseitigen Wunsch der Einbringung eines rotenrotten Antrag auf seinen Tag im Reichstager stellen lassen. Von Seiten aller Fraktionen wurden Herr Dove bei seinem Eintritt in den Saal herzliche Glückwünsche dargebracht. Eine besondere Ehre war dem Geburtstagsfeste angedacht worden von Angehörigen seines Wahlkreises, die sich versammelt hatten. Die wertvolle Adresse war prächtige Metalltafel mit künstlichen Blumen geschmückt mit nachfolgender Aufschrift: „Hochachtungsvoll Herr Dove! In Jhren 60. Geburtstag beehren wir uns unter Beifügung eines Erzeugnisses unserer heimischen Industrie Jhren herzlich Glückwünsche auszusprechen.“ Die Adresse war unterzeichnet von politischen Freunden aus Bad Samedeburg, Wittenberg, Breßlau und Barchin.

Die Duellkommission behandelte am Mittwoch im wesentlichen die Anträge auf Einleitung eines besonderen Strafgesetzentwurfes, der an Stelle der Festungshaft unter Umständen Gefängnisstrafe und Abertennung der bürgerlichen Ehrenrechte anbricht. Ein Antrag der Nationalliberalen, der bei freierwilliger Verabreichung der Festungshaft zur Festungshaft Abertennung der bürgerlichen Ehrenrechte festhalten will, wurde damit begründet, daß in vielen Fällen keine besonders schwere sittliche Verletzung vorliege und man event. bei obligatorischer Abertennung der bürgerlichen Ehrenrechte damit rechnen müßte, daß der Richter zur Vermehrung dieser harten Strafe den Paragraphen nicht anwende. Dieser Auffassung traten Vertreter der Fortfröhlichen Partei bei und wiesen darauf hin, daß auch Jodann bei Gefängnisstrafe nach geltendem Recht die Abertennung der bürgerlichen Ehrenrechte nur fakultativ vorgesehen sei. Man dürfe auch nicht vergessen, daß der einzelne Duellant vielfach unter Jwang stehe. Es sei feldich, wenn die Verurteilung nicht zu rechnen sei; wertvoller sei es, wenn die Kommission zu Ergebnissen komme, denen auch der Bundesrat schließlich seine Zustimmung gebe. Der neue Paragraph würde auch auf Säbel- und Schlagwaffenverbrechen Anwendung finden, da sie nach der Verurteilung als Jweckkamp mit tödlichen Waffen angesehen werden. Jweckellos würde dies zu schmerzhaften Erfahrungen. Der Betrumstratrag, der bei freierwilliger Verurteilung obligatorische Abertennung der bürgerlichen Ehrenrechte fordert, wurde damit begründet, daß die Voraussetzung der freierwilligen Verurteilung schon nach den Motiven der Strafgesetzbuchung nur schwerere Fälle in sich feldete. Ein Vorschlag der Sozialdemokraten wurde ebenfalls abgelehnt, die in ihrer Schlußföhrung nur eine Bestätigung des Ausnahmestandes für das Duell bedeutete. Man müßte das Duell als Ganzes bekämpfen. Darum beantragten seine Freunde jetzt obligatorische Gefängnisstrafe und Abertennung der bürgerlichen Ehrenrechte, wenn der Täter sich einer eilföhrlichen Handlung schuldig gemacht habe. Ein Vertreter der Fortfröhlichen Partei wies darauf hin, daß die sozialdemokratischen Anträge eigentlich ein Ausnahmestück darstellten. Ein Sozialdemokrat wies darauf hin, daß es sich um die Bekämpfung eines hartnäckigen Willens zur Gefährdung handelte, die gewiß scharfe Ausnahmestimmungen rechtfertige, worauf von anderer Seite wieder eingewandt wurde, daß dies andere Ausnahmestimmungen rechtfertige, die der Sozialdemokrat weniger angenehm sein dürften. Ein Nationalliberaler betonte, die Tendenz der ganzen neueren Rechtspolitik gebe dahin, das eilföhrliche Moment stärker zu berücksichtigen. Sie habe eilföhrliche Begriffe, wie freierwillige Verurteilung, z. B. den Begriff der eilföhrlichen Genugtuung, in die Gesetze einbezogen und auch bei anderen Ausnahmestimmungen reaktiviert, die der Sozialdemokrat weniger angenehm sein dürften. Ein Nationalliberaler betonte, die Tendenz der ganzen neueren Rechtspolitik gebe dahin, das eilföhrliche Moment stärker zu berücksichtigen. Sie habe eilföhrliche Begriffe, wie freierwillige Verurteilung, z. B. den Begriff der eilföhrlichen Genugtuung, in die Gesetze einbezogen und auch bei anderen Ausnahmestimmungen reaktiviert, die der Sozialdemokrat weniger angenehm sein dürften. Ein Nationalliberaler betonte, die Tendenz der ganzen neueren Rechtspolitik gebe dahin, das eilföhrliche Moment stärker zu berücksichtigen. Sie habe eilföhrliche Begriffe, wie freierwillige Verurteilung, z. B. den Begriff der eilföhrlichen Genugtuung, in die Gesetze einbezogen und auch bei anderen Ausnahmestimmungen reaktiviert, die der Sozialdemokrat weniger angenehm sein dürften.

Ein neues Petitionsverzeichnis ist im Reichstag ausgegeben worden. Mehrere Gemeinderäte bitten um Einführung einer Arbeitslosenversicherung, während eine große Zahl von Verbänden, unter anderem der Deutsche Arbeitgeberrund für das Baugewerbe e. V. in Berlin, gegen ihre Einführung verfahren. Mehrere Petitionen betreffen die Aufhebung der Strafrechtliche Petitionen liegen eine Reihe von Petitionen zu Gesetzentwürfen vor, am meisten zu dem Gesetzentwurf betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Erkassenen und Krankenversicherung. Der nationalliberale Abgeordnete Marquart hat im Reichstag folgende Petition eingebracht: „Zu dem Reichstagesbescheid, daß bis jetzt noch keine Erkassenen der Krankenversicherung durch das Reichsversicherungsamt zugelassen worden ist, Jodann die Kosten, selbst wenn die Zulassung im Laufe des Monats Dezember noch erfolgen sollte, nicht mehr in der Lage sind, ihre Mitglieder rechtzeitig in Jank zu ziehen, den nach Jhre Ansicht, erfordern die Kosten der Aufnahme in das Jnber ihrer Rechte und Pflichten bei den Orts- und Betriebskrankenkassen beantragen zu können und damit die Mitgliederhaft bei den Erkassenen zu erhalten? Beabsichtigt der Reichstager auf Überwindung der Überlegungsschwierigkeiten von der im Einführungsgesetz zur Krankenversicherungsgesetzordnung vorgesehenen Erkassenen Genarrtur zu manchen, die die Erkassenen bis zum 30. Juni 1914 als selbstberechtigte Träger der Krankenversicherung gelten zu lassen oder wenigstens den Erkassenen eine angemessene Frist nach Zulassung zu gewähren? Wie die „Köln. Ztg.“ erzählt, hat sich das Reichsversicherungsamt freilich bisher ausgesprochen, daß die Mitglieder solcher Kassen nach wie vor von dem Ratzenangeboten befreit seien. Sie brauchen daher für die Zeit bis zur Zulassung als Erkassenen keinen besonderen Beitragsantrag zu stellen.“

Aquarien- Fische Pflanzen Sand
Eidochs, Schildkröte, Schlangen
Singvögel Käfige, Nester, Futter, Nestor.
Halle a. d. S.
Otto Benz, L.-Wuchererstr. 12.

Christbäume
1a Ware zu billigen Preisen
Barmer 1. im Garten.

Christbäume
Empfehle vom heutigen Tage an selbstneulagene, für Kirchen Vereine, Gattwirte und Reizate passende Christbäume zu billigen Preisen. Vertauschen: Weihen Jelder Straß, an der Kaserne, Sand 13 (10) und Markt 10, an der Stadtkirche, 2. und 3. Hofe.
Wilhelm Schmidt.

Porzellan, Kristall, Luxuswaren
willkommene Weihnachts-Geschenke in reicher Auswahl.
Inhaber
Heinrich Baensch, Gustav Becker,
HALLE a. S., nur Marktplatz 23. Telefon 622.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins Halle a. S.

Als Weihnachts-Geschenke
empfiehlt bei bedeutender Preisermäßigung:
Doppelfinten, Drillinge, Firschbüchsen, Scheibenbüchsen, Tschings von 5 Mark, Luftgewehr von 3,50 Mk. an, Revolver und automatische Pistolen, Rucksäcke, Gamaschen, Jagdstühle, Jagdmesser etc. etc.
Taschmesser u. Hirschhornwaren, Dekorationswaffen u. Reihgehörne besonders billig.
C. Hübenenthal, Büchsenmacher, HALLE a. S., Leipziger Strasse 86.

Die denkbar feinste Holsteinsche Teebutter

vegetable Margarine
erfekt vollkommen
feinste

Melerei-Butter.
Stets frisch erfektlich
bet

A. Speiser, Breite Strasse.

Anzeigen für Merseburg.
Für diesen Teil übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Freitag den 14. Dezember
(3. Advent) predigen:
Don. Vorm. 1/2 10 Uhr: Sup. Wittorn.
Im Anschluß Beichte u. heiliges Abendmahl. Derselbe.
Nachmittags 5 Uhr: Diak. Witte.
Vormittags 11 Uhr: Kinder-gottesdienst.
Stadt. Vorm. 1/2 10 Uhr: Pastor Werber.
Nachmittags 5 Uhr: Pastor Berger.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst. Pastor Niem.
Abds. 8 Uhr: Jünglings-Verein. Pastor Werber.
Dienstag abend 8 Uhr evgl. Mädchenbund St. Magimi. Versammlung Mühlstr. 1. Pastor Niem.
Mittwoch abend 8 Uhr Kurabend i. d. Gymnasialturnhalle. Pastor Niem.
Kennmarkt. Vormittags 10 Uhr: Pastor Delius.
Nachmittags 5 Uhr: Pastor Voit.
Im Anschluß an den Gottesdienst Beichte und Abendmahl.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Mittwoch abends 8 Uhr evgl. Mädchenverein St. Thomae im Pfarrhause.
Altenburg. Vormittags 10 Uhr: Pastor Voit.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Abds. 1/2 8 Uhr: Jungfrauenverein. Seifnerstraße 1.

Anmeldung der Hausgewerbetreibenden und der unfähig Beschäftigten im hiesigen Stadtbezirk zur Krankenversicherung.
Durch § 105 der Reichs-Versicherungsordnung werden vom 1. April 1914 ab der Krankenversicherungspflicht neu unterstellt die Hausgewerbetreibenden.

Darüber bestimmen die §§ 473, 474 und 468 der Reichs-Versicherungs-Ordnung folgendes:

Der Auftraggeber hat der Land- bezw. Ortskrankenkasse seines Betriebszuges — hier der Allgemeinen Ortskrankenkasse — in der ersten Woche jedes Monats eine Liste der im abgelaufenen Monate beschäftigten Hausgewerbetreibenden einzureichen. In die Liste ist der Name und eigene Betriebsziff der Hausgewerbetreibenden sowie der Betrag des Entgelts anzugeben.

Hausgewerbetreibende, die regelmäßig wöchentlich 2 hausgewerbliche Verdienungsstücke (abgesehen von den zur Familie gehörenden Hausgänsen) beschäftigen, haben sich und alle Beschäftigten bei der Krankenkasse zur Eintragung in das Verzeichnis anzumelden nach §§ 441 bis 444 der Reichs-Versicherungs-Ordnung die unfähig Beschäftigten, das sind solche, deren Beschäftigung entweder nach der Natur der Sache auf weniger als 1 Woche beschränkt zu sein pflegt oder im voraus durch den Verdienstrag beschränkt ist, der Allgemeinen Ortskrankenkasse hier an. Sie haben sich in das von der Kasse zu führende Mitglieder-verzeichnis selbst zur Eintragung anzumelden. Die Mitgliedschaft bei der Kasse beginnt mit der Eintragung in das Verzeichnis.

Wir machen noch darauf aufmerksam, daß nach § 530 der Reichs-Versicherungs-Ordnung derjenige, welcher seiner Pflicht ausbleibt, die Versicherungspflichtigen zur Krankenkasse nicht anmeldet oder die Listen über beschäftigte Hausgewerbetreibende nicht einreicht, falls er fahrlässig handelt, mit Geldstrafe bis zu 100 Mk., mit Gefängnis bis zu 300 Wk. bestraft werden kann.

Merseburg, den 9. Dezbr. 1913.
Das Versicherungsamt der Stadt Merseburg.

Eisernen Ofen, wenig gebr., verkauft Unter-Altenburg 57, 1.

Bekanntmachung.

Wir machen hiermit bekannt, daß wir am Sonntag den 14. Dezember wegen vorzunehmenden Betriebsarbeiten die Stromlieferung von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr unterbrechen müssen.
Merseburg, den 11. Dezember 1913.
Städtisches Elektrizitäts-Werk.

Wilh. Schüler
Markt 27 Uhrmacher Markt 27
Mitglied der Union Horlogère
Biel — Genf — Glashütte.
Größtes Lager in
Uhren und Goldwaren
zu anerkannt niedrigen Preisen.



Konditorei G. Schönberger Nachfl.

Inh.: R. Becker empfiehlt
Baum-Konfekte in reicher Auswahl.
Echte Nürnberg. Lebkuchen
Schokoladen-Herzen,
Halleschen Honigkuchen
Königsberger u. Lübecker Marzipan
Makronen, Makronenringel
ff. Christstollen.

Rheinperle
Margarine
ganz frisch vom Block
in allen Geschäften.
feinsten Molkereibutter gleich.

Überall erhältlich

Jürgens & Prinzen G. m. b. H., Goch (Rhld.) SOLO in Carton.
Fabrikanten der altbewährten Marke



Theodor Ebert
Mechaniker und Optiker
Merseburg a. S.
empfeilt zum bevorstehenden Weihnachtsfest:
Kompaß, Fernrohre, Barometer, Thermometer, Gradben, Holzbrandapparate, Piezochymen, Reißzeuge, Reiß-Schienen, Reiß-Bretter usw.
Influenz-Maschinen, Experimentierkasten, Induktionsapparate, Geislerische Röhren.

Güter zum Parzellieren
suche ich zu kaufen und zahle realen Vermittlern, Personen etc. hohe Provision. Off. unt. U 9886 an Haasenstein & Vogler, Halle S., erbeten.

Alle Sorten
FELLE
zum Garnaden sowie auch zum Färben und Scheren übernimmt
Karl Winzer
Gr. Ritterstr. 31 : Gr. Ritterstr. 31
— Hüte- und Fellhandlung. —

Hasen-Felle:
tauft zu höchsten Preisen
Karl Winzer
Gr. Ritterstr. 31 : Gr. Ritterstr. 31
— Hüte- und Fellhandlung. —

Oscar Baar
Entenplan 9 im Hofe links Telephone 204
empfeilt als passende
Weihnachts-Geschenke:
Fahrräder, Nähmaschinen, Wasch- u. Wringmaschinen, Kassetten
Reparaturen an allen von mir geführten Artikeln werden fachgemäß und billig ausgeführt.
Wringmaschinenwalzen werden sofort eingezogen.

Zubehörsache billigst.

Einladung!
Zum Einkauf von billigen und praktischen Weihnachtsgeschenken
empfeilt sich das
Gummi-Waren-Haus „Grahneis“
Merseburg
Gothardstraße 20.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Telephone 467

Eine besonders wertvolle Weihnachtsgabe
ist die Lebensversicherung zugunsten der Familie.
Die 1877 errichtete:
Gothaer Lebensversicherungsbank
auf Gegenseitigkeit
gewährt bei einem Bestande von **1 Milliarde 160 Millionen**
Mark die Versicherung zu äusserst niedrigen Kosten und
günstigen Bedingungen.
Nähere Auskunft erteilt der Vertreter der Bank:
Kaufmann **Paul Thiele** in **Merseburg, Gr. Ritterstr. 27.**

**Berren- u. Damen-
Gamaschen,**
der beste Schutz gegen kalte Füsse,
empfehlenswert in den neuesten Fasons
und allen Preislagen.
Franz Hildebrandt,
Burgstr. 5 : Burgstr. 5.



Als praktisch. Weihnachtsgeschenke
in
Wirtschafts-Artikeln
empfehle
Emaille- und Aluminium-Kochgeschirr
in bester Qualität.
Desgleichen Reibmaschinen, Wirtschaftswagen,
Kaffeemöhlen in Holz u. Blech, Wandkaffeemöhlen,
Torkasten, Waschtische, Spielzeug in Emalle



Alfred Becher
Spezialgeschäft
Ecke Schmale Straße. An der Geisel.
Ein großer Transport
neumilchender
Rübe m. d. Rälbern
(vorzügl. Milchvieh)
ist bei mir eingetroffen und
empfehle dieselben sehr preis-
wert.
Tel. 28. **L. Nürnberger**, Merseburg. Tel. 28.



Volkshibliothek und Lesehalle
geöffnet Sonntags von 11—12 Uhr mittg.
und 3—7 Uhr nachmittags.
Heimatmuseum
Geöffnet: Sonntags von 11—1
und Mittwochs von 3—5 Uhr.
Sonntag, d. 18. Dez.
abends 9
Uhr
Versammlung
im Restau-
rant Fel-
schlößchen.
Bühnen-
des Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand.



Kirchlicher Verein St. Maximi.
Montag den 15. Dezember,
abends 8 Uhr in der Reichstrasse
Familien-Abend.
Vortrag: Deutsche Weihnachtsgeschichte. (P. Berger).
Musikalische Gesangsbeiträge.
Gäste sind willkommen.
Der Vorstand. Wertber. P.

Als besonders praktische
Weihnachts-Geschenke
empfehle
weisse und bunte Bettbezüge.
Preise für ein Deckbett und zwei Kissen:
glatt Linon Mk. 5⁰⁰ 5⁷⁵ 6⁵⁰ 7⁵⁰
gestreift Satin, verschied. Muster Mk. 6⁰⁰ 6⁵⁰ 7⁰⁰ 7⁵⁰ 9⁰⁰
Damast, verschiedene Muster Mk. 6⁷⁵ 7⁵⁰ 8⁵⁰ 9⁵⁰
bunt gemustert Mk. 4⁰⁰ 4⁵⁰ 5⁵⁰ 6⁰⁰ 6⁵⁰
Betttücher, sauber gesäumt.
Dowlas, Haustuch oder Cretonne Halbleinen Mk. 2²⁵ 2⁷⁵ 3⁰⁰ 3²⁵ 3⁷⁵
Barchent-Bettuch, weiss Barchent-Bettuch, bunt Mk. 1⁶⁰ 1⁷⁵ 1⁹⁰ 2²⁰ 2⁵⁰
Weddy-Pönicke, Merseburg, Kl. Ritterstr. 4.

Deutsch-Evangelischer Frauenbund.
Sonabend den 13. Dezember, nachm. 5 Uhr, Karlsruherstr. 4
Mitglieder-Versammlung.
Vortrag von Herrn Landesrat Freiherrn von Schleinitz:
Die Krankenversicherung und die Frau.

Sonabend früh
frischen Cassler
empfehlenswert in bekannter Güte
Otto Aderhold
Telephon 469. Butter-Central-Halle. Entenplan 3

Geschäfts-Eröffnung.
Hierdurch gestatte ich mir meiner hochgeehrten Kundschaft, sowie einem hochgeehrten Publikum von Merseburg und Umgegend die ergebene Mitteilung zu machen, dass ich am heutigen Tage ein der Neuzeit entsprechendes
Zigarren- u. Zigaretten-Spezial-Geschäft
— Bahnhofstrasse Nr. 4 —
eröffnet habe.
Ein reichhaltiges Lager in den verschiedensten Qualitäten von
Zigarren, Zigaretten u. Tabaken
von nur ersten Häusern, setzt mich in den Stand, den weitgehendsten Ansprüchen, selbst der vermögtesten Raucher zu genügen, ebenso werde ich durch prompte und reelle Bedienung unangesehnt bemüht sein, dass bisher in mich gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen.
Merseburg, den 13. Dezember 1913.
Hochachtungsvoll
Telephon 491. **Rudolf Wetzel.**

Aparté Neuheiten in Briefpapier
in grosser Auswahl empfiehlt
Bruno Börsch, Burgstr. 24.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Cinophon-Theater
Gr. Ritterstr. 1.

Programm vom Sonabend bis Dienstag.
Ein sonderbares Testament. Sp. Drama.
Liebesduell eines Matrosen. Toller Humor.
Die Witt einer Frau. Toll. Humor.
Alfred Morioch. Toller Humor.
Im Winter. Herrl. Natur.

Berlen bedenten Tränen.
Spannendes Drama in 3 Akten aus dem Leben einer Frau.
Zurüderobert.
Schauspiel in 2 Akten aus der Gesellschaft.

Allgem. Turn-Verein.
Männer-Klasse.
Sonabend den 13. 12. 13 nach der Zurufunde bei Wenzel.

Schkopau.
Gasthof zum Naben.
Sonntag den 14. Dezember 1913
Sanzvergütigen.
wosu freundlich einladet
F. Segefeld.

Oberbeuna.
Wünsches Gasthof.
Sonabend den 13. Dezember
abends 8 Uhr

Grosses Extra-Konzert
ausgeführt von der Merseburger Stadtpfelle
unter persönlicher Leitung des Herrn Musikdir. G. Förschler.
Squillites Programm.
Nach dem Konzert
Tänzchen.
G. Wünsch.

Altes Schützenhaus.
Heute Sonabend Spezialität
Fischein mit Meerrettich.
Harlins Restaurant.
Sonabend Salzknochen.
Dieters Restauration.
Sonabend abend Salzknochen.
Ein Fleischerlehrling
für sofort oder später gesucht.
Herrn Gurm. Fleischermeister,
Dammstraße.

Sohn adäquater Eltern, welcher
Lust hat, das
Buchbinderhandwerk
zu erlernen, wird für Offern gesucht
Gutenberg-Druckerei
Woldemar Hellig, Entenplan 3.

Einen Lehrling sucht zu Offern
Theodor Seidler, Sattler und
Lederarbeiter, Neumarkt 58.
Einen Lehrling
sucht zu Offern
G. Heiden, Sattlermeister.
Einen Lehrling
sucht zu Offern
Richard Baumann,
Bäckerei und Konditorei.

Landwirtschaftliche

und

Handels-Beilage

Wöchentliche Gratis-Beilage zum „Merseburger Correspondent“.

Der Nachdruck sämtlicher Originalartikel ist verboten. Gesetz vom 11. Juni 1870.

Sonnabend, den 13. Dezember 1913.

Viehhandel und Fleischpreis.

Ueber die Verhandlungen der Kommission zur Untersuchung im Vieh- und Fleischhandel, die von der Regierung im Herbst 1912 niedergesetzt worden ist und ihre Tätigkeit bis Ende Oktober 1913 fortgeführt hat, ist soeben ein ausführlicher Bericht erschienen.

Die Fleisch-Enquete-Kommission . . . die Frage ist berechtigt, ob es noch gar viel Leute gibt, denen genau bekannt ist, aus welcher Veranlassung sie niedergesetzt und mit welchen Aufgaben sie betraut wurde; hat sie doch wie ein Räuberteam im Verborgenen gehandelt, und die allgemeine Aufmerksamkeit ist erst vor etwa vier Wochen wieder auf sie gelenkt worden, als die Mitglieder bei einem feierlichen Diner von einander Abschied nahmen. Der Fleisch-Enquete-Kommission war als Aufgabe zugewiesen: Erforschung der Ursachen der Fleischsteuerung. In Wirklichkeit ist es freilich der Fleisch-Enquete-Kommission von vornherein befohlen gewesen, die Gesamtheit der Gründe zu untersuchen, auf denen die hohen Fleischpreise letzten Endes beruhen. Nicht einmal mit den hauptsächlichsten Ursachen hat sie sich befassen dürfen, sondern nur mit der Frage, welche Bewegungen der Vieh- und Fleischpreis auf dem Wege vom Produzenten zum Konsumenten macht. Das ist wahrhaftig nicht viel, aber immerhin etwas, und man kann auch bereitwillig zugestehen, daß die Kommission auf der kleinen, ihr überlassenen Blattform so ziemlich alles geleistet hat, was ihr möglich war. Und nicht nur sie; auch die von der Kommission befragten Sachverständigen und Interessenten haben ohne weiteres alle geforderten Auskünfte gegeben. Der Berichterstatter über das Thema „Der Stallpreis und der Viehhandel“ glaubte zwar in der Schlussfugung der Kommission seinen Witz daran üben zu können, daß die Viehhändler merkwürdigerweise der für die Feststellung des Stallpreises niedergesetzten Unterkommission immer nur solche Märkte zu Untersuchungen nachgewiesen haben, die eine rückläufige Konjunktur und damit Verluste der Viehhändler zeigten. Der Vertreter des Viehhandels konnte aber den in dieser Darstellung liegenden Angriff auf die Unehrlichkeit der Viehhändler mit gutem Gewissen zurückweisen. Er versprach sogar, Geschäftsbücher von Fettviehhändlern zur Einsicht vorzulegen, so daß dann selbst böser Wille nicht mehr an der Richtigkeit der Nachweise der Händler zweifeln kann.

So wenig umfassend die Ergebnisse der Enquete-Kommission wegen der engen Begrenzung des Penjums sein konnten, so erfreulich sind sie insofern, als sie doch mit manchen Vorurteilen

aufräumen, manche Mythe beseitigen. Es wurde darüber geklagt, daß sich allzu viel Glibber zwischen den Viehzüchter und den Fleischverzehrern geschoben hätten, und daß jede dieser Zwischeninstanzen einen unverhältnismäßig hohen Gewinn einzuhemeln trachte und leider auch einheimische. Nun ist in der Kommission ertens festgestellt worden, daß die fünf Stationen, die zwischen dem Produzenten und dem Konsumenten liegen, nämlich der Aufkäufer, der eigentliche Viehhändler, der Viehkommissionär, der Großschlächter und der Ladenschlächter, sämtlich nicht nur existenzberechtigt, sondern auch notwendig seien. Zweitens aber ergab sich, daß über die Gewinne der Zwischenhändler an manchen Stellen durchaus phantastische Vorstellungen herrschen.

Das gilt insbesondere von den Viehkommissionären, denen man auch im weiteren Publikum einen außerordentlich hohen Verdienst nachsagt. Der frühere Vorsitzende des Vereins Berliner Viehkommissionäre hat jedoch in der Kommission die Verhältnisse auf das richtige Maß zurückgeführt und ohne Widerspruch dargetan, daß beispielsweise die von den Berliner Viehkommissionären erhobene Gebühr im Höchstfalle anderthalb vom Hundert beträgt. Alles sei, so bemerkt dieses fachverständige Mitglied unter Heiterkeit der Versammlung, teurer geworden, nur eins billiger, nämlich der Berliner Viehkommissionär.

Ganz ähnlich steht es mit dem Viehhändler im eigentlichen Sinne. Wenn selbst ein in diesem Falle genügend unerbächtig Zeugnis wie der Vorsitzende des Bundes der Landwirte offen einräumte, daß die Viehhändler vielfach starke Verluste hätten und daß etwaige hohe Gewinne deshalb gerechtfertigt seien, weil in ihnen auch die unbedingt notwendige Risikoprämie einbegriffen sein müsse, so braucht man dem weiter nichts zuzufügen.

Weiterhin ist es eine Gepflogenheit gewesen, besonders die Ladenschlächter für die hohen Fleischpreise verantwortlich zu machen. Aber auch von diesen Angriffen hat nichts vor der Kritik standhalten können. Von keiner Seite konnte in der Kommission bezweifelt werden, daß Momente vorhanden sind, die ganz naturgemäß bei dem Kleinen Schlächter eine Erhöhung der Preise herbeiführen: die Verteuerung der Mieten, der Zwang einer vornehmeren Ausstattung der Läden, Erhöhung der Löhne und was dergleichen mehr ist. Wie weit andererseits die Gänge des Kreditgebens auf die Fleischpreise einwirkt, konnte nicht mit Sicherheit konstatiert werden, doch ergab sich soviel, daß auch in dieser Beziehung den Schlächtern nicht der Vorwurf einer ungerechtfertigten Bereicherung gemacht werden könne.

Endlich suchen die Fürsprecher der gegenwärtigen deutschen Wirtschaftspolitik die Aufmerksamkeit von der schädlichen Wirkung unserer Zollgesetzgebung auf die Vieh- und Fleischpreise davon abzulenken, daß sie die Städte beschuldigen, sie suchten durch allzu hohe Schlachthofgebühren zum Schaden der Konsumenten hohe Verdienste aus den Schlachthöfen herauszuarbeiten. Auch das hat sich als total falsch herausgestellt, und es ist ein Verdienst des Berliner Schlachthofdirektors, bis ins einzelne zahlenmäßig nachgewiesen zu haben, daß die Kommunen und namentlich Berlin aus ihren Schlachthofanlagen nur eine ganz minimale Reineinnahme ziehen, die auf den Fleischpreis überhaupt gar keine Wirkung ausübt — beträgt die Gebühr doch bei einem Pfund Fleisch noch nicht einmal einen halben Pfennig.

Als die Fleisch-Enquete-Kommission einberufen wurde, gab es vertrauensvolle Leute in Deutschland, die da glaubten, es werde möglich sein, die Ergebnisse ihrer Beratungen unmittelbar zu einer Vinderung der Fleischsteuerung verwenden zu können. Das war jedoch schon deshalb unmöglich, weil die Kommission sich ja mit den eigentlichen Gründen der Fleischsteuerung überhaupt nicht befaßt hat. Aber selbst, wenn man sich jetzt auf die Frage beschränkt: was soll und kann geschehen, um die Preise des Fleisches auf dem Wege vom Viehzüchter zum Konsumenten möglichst niedrig zu halten? so geben die Untersuchungen der Fleisch-Enquete-Kommission nicht einmal hierauf eine klare Antwort. Der Vorsitzende, Staatssekretär Dr. Delbrück, versicherte zwar in dem Abschiedsgruß, den er den Mitgliedern am 29. Oktober spendete, daß „er für seine Person“ aus den Verhandlungen der Kommission „sehr viel gelernt“ habe. Es ist ja auch zutreffend, daß die Untersuchungen mehrere bis dahin dunkle Punkte etwas erhellt haben. Aber sichere Ergebnisse, die von der Gesetzgebung sofort benutzt werden können, hat die weitsichtige Enquete wohl kaum geliefert.

Die Geflügelfedern und ihre Verwertung.

Das bekannte, im Auftrage des Großherzoglich Badischen Ministeriums des Innern herausgegebene Buch: Römer, „Die landwirtschaftliche Geflügelhaltung“ ist soeben in vierter, von Regierungsrat Aug. Fehsenmeier und Landwirtschaftslehrer Hermann Doll bearbeiteter Auflage (im Verlage von Paul Parey, Berlin, Preis 2 M.) erschienen. Das Schriftchen, das vorzugsweise für solche Landwirte bestimmt ist, die die Nutzugeflügelzucht als Nebenzweig ihrer Klein- oder mittelbäuerlichen Wirtschaft betreiben wollen, ent-

hält, in gedrängter Form natürlich, viel wertvolle und beachtenswerte Fingerzeige.

Nachstehender Abschnitt daraus über die Bewertung der Geflügelfedern möge dies belegen:

Die Geflügelfedern dienen zu Betten als weiche, warme Unterlage und als leichte, warme Decke. Die verschiedenen Federn am Geflügelförper sowie die Federn der verschiedenen Geflügelarten erfüllen vermöge ihrer größeren oder geringeren Weichheit, Erwärmungskraft, Füllkraft, Geschmeidigkeit und Haltbarkeit diesen Zweck mehr oder weniger gut. Ein Kilogramm der besten Bettfedern leistet vollkommene Dienste als 10 Kilogr. der geringsten Federn.

Durch die verschiedene Wertigkeit ist auch der große Preisunterschied der Bettfedern und des Flaumes bedingt, so daß sich der Preis für ein Kilogramm Bettfedern zwischen 1—80 Mark bewegt. Sollen größere Federn des Geflügelförpers, z. B. die Flügel- oder Schwanzfedern, sowie größere Deckfedern als Bettfedern Verwendung finden, so muß der Schaft mit dem Kiel von der Fahne und dem Bart getrennt werden. Diese sog. Schleißfedern bilden mit mehr oder weniger Flaum vermischte ein gutes Füllmaterial. Die Schleißfedern dienen hauptsächlich zur Füllung von Kissen. Man braucht hierzu etwa ein halbes Pfund mehr als von nicht geschleißten. Da das Schleifen der Federn $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$ Gewichtsverlust und ziemlich viele Kosten verursacht (meist Gefängnisarbeit), so stellt sich der Preis der Schleißfedern, je nachdem mehr oder weniger Flaum beigemischt ist, auf 6—12 Mk. für 1 Kilogramm.

Die Deckfedern, kurzweg Federn genannt, werden zur Füllung von Kissen und Unterbetten benutzt. Die besten und weichsten Bettfedern geben die unter den Deckfedern, dicht auf der Haut liegenden kleinsten Flaumfedern, Flaumen, Dunen oder Daunnen, die nur einen sehr dünnen und weichen Schaft und eine außerordentlich feine, wollige Fahne besitzen. Sie dienen hauptsächlich zur Füllung der Deckbetten und Oberbetten.

Die Farbe der Federn hat auf die Qualität der Bettfedern keinen Einfluß. Da jedoch die von weißer Farbe beliebter sind als andersfarbige (graue), so stehen die weißen höher im Preis als die gleich guten grauen.

Die hochfeinste Füllung liefert die Eidergans oder die Eiderente, sodann der Schwan, gute die Landgans und ziemlich gute die gewöhnliche Ente.

Die Eiderdaunen, die aus den Brutnestern der Eiderenten gesammelt werden, sind außerordentlich weich, elastisch und warm, so daß $\frac{1}{2}$ —1 Kilogr. zur Füllung eines Oberbettes ausreicht; 1 Kilogr. Eiderdaunen kostet aber 60 bis 80 Mark.

Die Daunnen des Schwanes bilden ein vorzügliches Füllmaterial. Sie kommen aber nur wenig im Handel vor; 1 Kilogr. kostet 20 bis 40 Mark.

Die Entenfedern müssen vor dem Gebrauche mit Dampf gereinigt oder längere Zeit gesonnt und gelüftet werden, damit sie ihren eigentümlichen, scharfen Geruch verlieren. Die Entendeckfedern dienen zur Füllung von Unterbetten, Kissen und Oberbetten. Zur Füllung eines Unter- oder Oberbettes braucht man, je nachdem sie mehr oder weniger Flaum enthalten, 3—4 Kilogr., zur Füllung eines Kissens 1— $\frac{1}{2}$ Kilogr. Das Kilogramm Entenfedern kostet im Handel 3—5 Mark. Die Entenflaumfedern eignen sich zur Füllung von Oberbetten, insbesondere zu Kinderbetten, weil sie leicht und verhältnismäßig billig sind. Man braucht zu größeren Oberbetten 2—3 Kilogr. und zu Kinderoberbetten $\frac{1}{2}$ —2 Kilogr., wovon 1 Kilogr. 7—12 Mark kostet.

Auch Hühnerfedern sowie Federn von wildlebenden größeren Vögeln können im gut gereinigten und zugerichteten Zustande zu geringerem Bettwert, z. B. zu Unterbetten für Kinder und zu Polstern verwendet werden. Zur Füllung eines Unterbettes sind 4—5 Kilogr. erforderlich. Solche Federn kosten im Handel 1—2 Mark das Kilogr. Diese Federn sind aber sehr schwer und die harten Kieme stechen leicht durch die Bettüberzüge.

Die Gänsefedern gewinnt man teils von lebenden Gänsen, die zwei- bis dreimal des Jahres gerupft werden, teils von geschlachteten Tieren. Die Federn von lebenden Gänsen: Ruffedern, lebendes oder Sommergut genannt, sind dem Verderben weniger unterworfen, sind und besitzen mehr Elastizität, als jene von Schlachtgeflügel, die man im Handel totes oder Wintergut nennt; auch sind die Federn von ungemähtem Geflügel besser als die von gemähtem.

Unter Landrumpf versteht man eine Mischung von Deckfedern und Flaum, wie sich solche beim Ruppen der lebenden Gänse ergibt. Zur Füllung eines Unter- oder Oberbettes braucht man hiervon 3— $\frac{3}{4}$ Kilogr. und zu einem Kissen 1 $\frac{1}{4}$ Kilogr., wovon 1 Kilogr. 5—10 Mark kostet.

Die Deckfedern der Gans werden zur Füllung aller Bettbestandteile, insbesondere für Unterbetten und Kissen verwendet. Zu einem Unter- oder Oberbett braucht man 2 $\frac{1}{4}$ —4 Kilogr. und zu einem Kissen 1— $\frac{1}{4}$ Kilogr. 1 Kilogr. kostet 3—6 Mark.

Der Gänseflaum dient zu besseren Oberbetten; da er große Füllkraft und Elastizität besitzt, so braucht man zur Füllung eines Oberbettes nur 1 $\frac{1}{2}$ —2 Kilogr. 4—7 30 Mk.

Das Ruppen der jungen, noch im Wachstum begriffenen Gänse und Enten, sowie dieser Tiere während der Lege- und Maifzeit bringt größere Nachteile, als deren Federwert beträgt, dagegen ist das schonliche Ausziehen der vollständig ausgebildeten (reifen) Federn während der Sommerzeit nach je sechs bis sieben Wochen geboten, weil sonst die wertvollen Federn von selbst ausfallen oder von dem Geflügel selbst, des beunruhigenden Juckreizes wegen, ausgerupft oder abgebißten werden, somit verloren gehen. Vor dem Ruppen sind die Federn zu untersuchen, ob sie vollständig reif sind, d. h. ob sie sich leicht ausziehen lassen und kein Blut mehr enthalten. Dem Ruppen geht ein reines, möglichst warmes Wasserbad voraus, worauf die Tiere bis zur vollständigen Trocknung rein, warm und trocken zu stellen sind.

Nach dem Ruppen müssen die Tiere selbstverständlich zur raschen Nachbildung der Federn und Verhütung der Abmagerung reichlich mit Getreidekörnern (Hafer) gefüttert und gegen ungünstige Witterungsverhältnisse geschützt werden.

Frisch gerupfte Federn, besonders von Schlachtgeflügel, und ältere benutzte Bettfedern sind längere Zeit in einem Korb der Luft und Sonne auszusetzen und erforderlichenfalls im Backofen zu erhitzen, sodann auszulopen oder mit einem Besen zu peitschen oder zu quirlen. Der Staub wird durch ein Sieb entfernt; fette, schmutzige zusammengeballte Federn werden in einen luftigen Gazesack eingefüllt, in Seifen- oder Sodawasser oder in ganz schwacher Kalflauge gekocht und sodann in kaltem Wasser tüchtig ausgewaschen. Nach dem Auswaschen werden die Federn an der Sonne getrocknet und durch Klopfen aufgelockert.

Alle Bettfedern müssen vor dem Gebrauche von dem Wack und den Blutresten, von Fett und Staub sowie von den Insekten und deren Eiern gereinigt werden, was durch Erhitzen, Dämpfen, Riffen und andere Behandlungsweisen erreicht

werden kann. Auch während des Gebrauchs sind die Federbetten durch gute Lüftung, Erhitzung und Trocknung vor dem Verderben zu schützen. Die schon zu Bettwert gebrauchten alten Federn sind hauptsächlich dann wieder gründlich zu reinigen, wenn sie von kranken, insbesondere mit ansteckenden Krankheiten behafteten Personen benutzt wurden.

Am gründlichsten geschieht diese Reinigung mittels besonderer Maschinen und heißer Dämpfe. Im Handel werden zu alten Bettfedern neue gemischt, um erstere wieder brauchbar und letztere etwas billiger zu gestalten; auch werden aus gleichem Grunde geringere Federn mit besseren vermengt. Zur Gewichtszunahme der Federn wird manchmal mineralischer Staub, wie z. B. Schwefel, Gips, Kalk und dergl. zugefetzt.

Ueber den derzeitigen Stand der künstlichen Befruchtung der Stuten

beröffentlicht Prof. Dr. Vogel im „Württemberg. Wochenbl. f. Landw.“ nachstehende Mitteilungen.

Nachdem besonders im letzten Jahrzehnt, wie die Statistik nachweist, ein nicht unerheblicher und sich immer noch steigender Rückgang der Pferdezuucht in allen in Betracht kommenden Ländern festgestellt werden konnte und namentlich in England eine überraschende Abnahme an geeigneten Militärpferden festgestellt worden ist, sah man sich allerorts in die Notwendigkeit versetzt, außergewöhnliche Abhilfsmaßregeln zu treffen, von denen man in früherer Zeit nichts wußte. In England allein hat sich die Zahl der Pferde seit 1905 um nicht weniger als 68 000 vermindert, und man befürchtet dort, daß eine Mobilisierung der Armee zurzeit nicht nur auf große Schwierigkeiten stoßen, sondern auch ganz enorme Kosten verursachen müßte; man steht daher daselbst im Begriff, außerdem noch staatliche Pferdezuuchtanstalten (selbst auch in den Kolonien) zu gründen, der beste Beweis, in welcher hohem Grade man den Mangel an Pferden zu verspüren beginnt.

In ursächlichem Zusammenhange mit diesem Mißstande steht zum Teil der immer noch in der Zunahme begriffene Automobilsismus, in noch stärkerem Maße jedoch die außergewöhnliche Heeresverstärkung der Großmächte, die jetzt insgesamt fast gänzlich auf die eigene Pferdezuucht angewiesen sind. Zur Einschränkung der Pferdezahl trägt auch bei die fortschreitend geringere Rentabilität des Geschäftswesens, und außerdem liegt von jeher ein schwerer Uebelstand in der Tatsache, daß ein verhältnismäßig so geringer Teil der gedeckten Stuten zum Abfohlen zu bringen ist. Nach Ormond beträgt die Höchstzahl im ganzen 60 Prozent; in Frankreich blieben bis jetzt alljährlich 50 Prozent, in Algerien selbst 75 Prozent unfruchtbar.

Zum Glück weiß man genau, worin die Hauptursache der schwierigen Empfänglichkeit beim Pferde gelegen ist, und so gründet sich auf dieser Kenntnis auch die Hoffnung, daß durch Beseitigung oder Abschwächung des Grundübel, soweit möglich, Abhilfe geschaffen werden kann.

Der gewundene lange Weg, den die leicht beweglichen Samenfäden zurückzulegen haben, bis sie das während der Brunst sich abstoßende Eiweiß weit oben in den vorbersten Abschnitten des Fruchtbehälters bezw. Eileiters glücklich erreicht haben, um hier zu befruchten, bietet, wie bekannt, Schwierigkeiten, am meisten schon gleich am Anfang der ganzen Kanalisation, d. h. an dem etwas in die Scheide hineinreichenden Wulste, der sich hart, selbst knorpelig anfühlt und aufschließt (äußerer Muttermund). In seiner Mitte

befindet sich der enge Eingang in einen gleichfalls engen Kanal, der in die Gebärmutter führt (Mutterhals) und mit einer wellenförmig verschlungenen Schleimhaut ausgekleidet ist, in deren tiefen Falten leicht eine Zurückhaltung der in der Wanderung nach vorne begriffenen Samenfäden zustande kommen kann. Ein ähnliches Hemmnis findet sich dann noch weiter vorn bei dem Eingang in die spiralförmig gewundenen Eileiter. Dieser mehrfach gewundene und verengte Weg hat eine Länge von über 1/2 Meter und steht zudem noch mit der Außenwelt bis zur Bauchhöhle in Verbindung, woher manche Gefahr droht, wenn Schädlichkeiten, Krankheitserreger und dergl. aus der Atmosphäre eindringen und Durchgangsschwierigkeiten durch katarrhalische Schwellungen, Verstopfungen usw. verursacht werden. Ganz so verhält es sich auch bei den übrigen Haustieren.

Zum Glück ist bei Stuten die Erschwerung der Empfängnis meist überwunden, wenn die Samenfäden den Gebärmutterhals glücklich passiert haben; es leuchtet sonach ein, daß dies am besten dadurch erzielt werden kann, daß man den beim Deckakt in den Scheidentkanal abgesetzten Samen des Hengstes auffängt und künstlich in den Eingangskanal zum Fruchtbehälter einführt.

Schon im 18. Jahrhundert sind Versuche mit der künstlichen Befruchtung bei den Haustieren unternommen worden, und zwar mit Erfolg besonders bei Hunden; schon damals wurde daher der Beweis geliefert, daß das Unternehmen nicht nur ermöglicht, sondern auch recht vorteilhaft ist, es kam aber wieder in Vergessenheit und ist erst wieder im Drange der Neuzeit aufgenommen worden. Bei Stuten sind die ersten Experimente in Rußland vor etwa zehn Jahren ausgeführt worden; die Erfolge waren so ermutigend, daß alle größeren Staaten, namentlich auch Nordamerika, bald angingen, von der neuen Methode Gebrauch zu machen.

Befriedigend waren die Ergebnisse hauptsächlich aus dem Grunde, weil das Verfahren keine besonderen technischen Schwierigkeiten bereitet, stets reichlich Samen zu erhalten ist, die Stuten in der Regel keinen nennenswerten Widerstand leisten und die Befruchtungen, die Nachzucht könnte in ihrer Qualität zu wünschen übrig lassen, nicht eingetroffen sind. In Rußland dienen derartige gegühtete Pferde bereits in den Regimentern, oder haben schon im Rennsport Triumphe gefeiert. Statt 50-60 Prozent Fohlen lassen sich nunmehr bis zu 78 Prozent erzielen, und diese Zahl dürfte mit den zu erhoffenden Fortschritten der Methode noch gesteigert werden.

Die Technik der künstlichen Befruchtung kann im ganzen als eine sehr einfache bezeichnet werden; sie besteht kurzweg darin, daß man alsbald nach dem Absteigen des Hengstes eine geeignete Spritze in die Scheide einführt, den hier angesammelten Samen einleitet und dann die Spritze in die nach dem Fruchtbehälter führende Öffnung des äußeren Muttermundes vorschiebt, um sie innerhalb des letzteren zu entleeren. Samen steht dabei reichlich zur Verfügung, er wird vorher mit einer geeigneten Lösung verdünnt. Der Hengst gibt etwa 100 Kubikzentimeter Samen ab, es reichen jedoch 10 Kubikzentimeter aus, den Versuchen zufolge selbst schon 3 Kubikzentimeter; es können daher 10 Stuten gleichzeitig befruchtet werden.

Wie alle Neuerungen verbesserungsfähig sind, kamen auch hier bald weitere Methoden auf. Man kann den Samen auch in Gelatinekapseln oder in schlauchförmige Kondons einfüllen und diese in den Gebärmutterhals verbringen. Besteht ist auch bei mehr unruhigen Stuten jenes Verfahren, wobei der Samen alsbald nach dem

Deckakt mittels eines Schwammes in der Scheide aufgefangen und dann ausgebrüht wird, um ihn durch eine Spritze in die Muttermundöffnung einzuführen; vorher muß immer der Scheidentkanal durch einige Liter einer alkalischen Lösung ausgespült werden. Die beste weitere Belehrung erhält man durch die Lektüre des neuesten bei M. G. Schaper in Hannover erschienenen vortrefflichen Werkes von Dr. Zwanoff, St. Petersburg.

Gute Resultate hat diese Art künstlicher Befruchtung namentlich auch bei Stuten geliefert, die schon mehrmals erfolglos begattet wurden, sowie auch bei einer ganzen Reihe von Normalabweichungen in den Geschlechtsorganen; man hat daher an der Neuerung unzweifelhaft ein mächtiges Mittel zur Befämpfung der Unfruchtbarkeit. Ueberaus schätzenswert ist schließlich auch der große Vorteil, daß die Stuten nicht notwendig sich brünstig zeigen müssen; eine geschlechtliche Erregung ist keine Grundbedingung zum Eintritt der Schwangerschaft.

Mannigfaltiges.

Die Bedeutung der Zuderproduktion für die deutsche Landwirtschaft. In den letzten 15 Jahren wurden in Deutschland jährlich durchschnittlich 455 277 Hektar Land mit Zuderriiben bestellt, hierbon gelangten jährlich 129 667 872 Doppelzentner Zuderriiben zur Verarbeitung, das sind pro Hektar 284,8 Doppelzentner. Der aus dieser Riibenmenge durchschnittlich gewonnene Zuder beträgt 19 970 090 Doppelzentner. Ein Hektar Riibenanlage bringt durchschnittlich 4550 Kilogr. Zuder, also waren zur Erzeugung von 1 Kilogr. Zuder 6 1/2 Kilogr. Riiben erforderlich. Von der gesamten Zudererzeugung ging reichlich die Hälfte, nämlich im Jahre durchschnittlich 10 099 279 Doppelzentner in den Inlandsverbrauch über. Der Zuderverbrauch ist innerhalb der letzten 15 Jahre ganz bedeutend gestiegen, nämlich von 7 082 380 Doppelzentner aus der Kampagne 1897/98 auf 12 627 840 Doppelzentner aus der Kampagne 1911/12. Solche Steigerung war aber dringend notwendig, denn unsere Zuderfabrikation hat den größten Teil ihres Auslandsmarktes dauernd verloren und hängt auf Leben oder Sterben von der Verzögerung des Inlandsabfahes ab, um so mehr als in der Kampagne 1912/13 eine Ernte zur Verarbeitung gelangte, die alle früheren Jahre an Menge übertrifft.

Kartoffelverluste vorzubeugen. Es ist ratsam, alle ausgelesenen Futterkartoffeln, die nicht eingemietet werden können, zu dämpfen und in zementierte Gruben oder in Käffer einzustampfen, wobei man sie leicht salzt. Die obere Schicht wird mit einer starken Lage Häcksel, dann mit Brettern abgedeckt und mit Steinen beschwert. Etwa noch verbliebene Risse müssen mit Erde oder Lehm abgedichtet werden, um die Luft abzuhalten. Nebenfalls genügt das Beschwern nicht allein. Auf diese Weise lassen sich alle schlechten, angehochenen und zweifelhaften Kartoffeln, die leicht zugrunde gehen würden, wenn sie längere Zeit lagern müßten, haltbar und zur späteren Verfertigung geeignet machen. Die Käffer stelle man möglichst kühl. Leichtes Gefrieren schadet den gekochten Kartoffeln nicht, soll aber vermieden werden, wenn es möglich ist. Die Schweine und Kühe fressen diese angeäuerten Kartoffeln sehr gern. Man kann den Schweinen bis 6 Prozent, den Milchkühen bis 5 Prozent ihres Lebendgewichtes verfüttern.

Samenkontrolle beim Alee. Alee-samen ist eine so teure Ware, daß jeder Käufer den begreiflichen Wunsch hegt, für sein gutes Geld auch wirklich vorteilhaft zu kaufen. Durch die Samenkontrollstationen wird in neuerer Zeit auch ganz energisch dem Vertrieb minderwertigen Saatgutes gesteuert. Ein wichtiges Kriterium für die Güte des Alee-samens sind die diesem

beigemengten Unkrautsamen. In der naturwissenschaftlichen Wochenschrift wird besonders auf die Früchtchen dreier Unkrauter hingewiesen, deren rundliche Körner zudem anders gestaltet sind als die Scheidentfäden. Es sind *Helminthia echinoides* mit „rauhgelben, matten, starker gekrümmten, scheidentfädenähnlichen Früchtchen“; ferner das Unkraut *Kothis nodosa* und *Centaurea solstitialis*. *Helminthia* ist nur um Meß und sehr selten in Schlesien angetroffen worden, fehlt sonst in ganz Deutschland. *Kothis* fehlt in Schlesien ganz und kommt in Deutschland nur an der Nordseeküste eingeschleppt vor. Auch *Centaurea* ist in Deutschland nirgends heimisch. Die drei genannten Unkrauter haben ihre Heimat im südlichen und westlichen Europa, wo sie massenhaft vorkommen. Wir wissen aber heute, daß Alee- und Luzernefaat aus den milden, südlischen Strichen wie aus Frankreich für das rauhe Klima unserer Gegenden völlig ungeeignet ist. Wird uns also Alee- und Luzernefasen vorgelegt, der reichlich Samenförner jener drei, bzw. der ersten zwei Unkrauter enthält, so wissen wir auf das bestimmteste, daß er aus Süd- oder Westeuropa stammt, für unsere Gegend also nicht zu verwenden ist. Der sehr gesuchte, schlechte Alee, der unserem Klima am besten gewachsen ist, enthält nie jene Samenarten in nennenswerter Menge, alle drei zugleich aber überhaupt nicht.

Bei der Fütterung des Melwils des ist es Hauptsache, daß schon früh, vor Eintritt der Not, mit der Fütterung, wenn auch in beschränktem Maße, begonnen wird, damit das Wild zeitig jene Plätze kennen lernt, an denen ihm täglich frisches Futter winkt und sie nicht vielleicht erst bei hohem, starkem Schnee suchen muß. Die Fütterung selbst erfordert beim Melwilde mehr Sorgfalt als bei allen anderen Wildarten, denn die kleinsten diesfälligen Fehler führen mit zu förmlichen Katastrophen. In erster Linie ist zu beachten, daß niemals Wiesenheu gefüttert werden darf, welches geradezu Gift für das Melwilde ist; wo solches, namentlich von sauren Wiesen, gefüttert wird, kann man sicher sein, nach strengen Wintern einen großen Teil, mitunter die Hälfte des Standes zu verlieren. Gut eingebrachtes Kleeheu ist das zuträglichste Futter, welchem mit Erfolg Laubbücheln (hauptsächlich Eichel) zugefetzt werden können. Inbes darf das Heu nie längere Zeit in den Rausen bleiben, es darf also nie mehr in eine Rausse eingelegt werden, als tatsächlich im Laufe des Tages verzehrt wird. Bleibt dennoch ein Rest, so ist derselbe zu entleeren und anderweitig zu verwerten. Feucht gewordenes Heu führt beim Melwilde Durchfälle herbei, die meist tödlich verlaufen. Auch unzerbrochene Hafersarben, sowie zeitweise ein Gemenge von Hafer, Erbsen, Maisstroh sind ein sehr schätzbares Futtermittel.

Pflege. „Die Pflege des Huses“, sagt Major v. Krane, „ist ein Gegenstand, worüber die Ansichten noch immer sehr geteilt sind. Einige glauben, daß man die Tiere nicht immer auf der Streu stehen lassen dürfe, weil dieselbe die Hufe erhitze, daß aber Tau, Schmutzpfützen usw. dem Horne eine wohlthätige Schmiere, und fleißiges Abwaschen ihm sehr dienlich sei. Die anderen stellen unbedenklich das Tier Tag und Nacht auf die Streu und sind der Ansicht, daß Wasser dem Huse unter allen Umständen nachteilig sei, indem Feuchtigkeit das Horn auslaugt und spröde mache. Für ihre Ansicht liefert der bröckelige Huf der in Niederungen gepögenen Pferde den besten Beweis, während die in Gebirgen aufgewachsenen Pferde ein Horn zeigen, das auf dem Pflaster liegt, und der eherne Huf der Wüstenpferde der Sahara gewiß nicht mit Wasser gemeinlich wird.“

Schweinepest. Neben der Maul- und Klauenseuche hat auch die Schweinepest an Ausdehnung zugenommen. Der Landwirtschaftsminister hat deshalb an die Landwirtschaftskammern nachstehenden Erlaß gerichtet: In der letzten Zeit ist in einer Reihe von Fällen die Schweinepest bei der Entladung von Schweinetransporten an Bestimmungsorte festgestellt worden. Die amtlichen Ermittlungen haben er-



Correspondent.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
bei Bestellungen von mehreren Exemplaren: bei Zustellung ins Haus durch unsere Mitglieder in der Stadt und auf dem Lande außerdem Zustellung: durch die Post 120 Pfd. außer 42 Pf. Beförderung. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Wochentagen nachmittags. — Abdruck unserer Originalmeldungen ist nur mit deutlicher Quellenangabe gestattet. — Für Aufnahme unentgeltlicher Einleitungen übernehmen wir keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
3 seitig, illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4 seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Beilage oder freien Raum für Merseburg und nähere Umgebung 10 St., fünfte dagegen 25 St., auswärts pro Zeile 20 St., im Restmonat 40 St. Bei fortwährender Subskriptionen nach Vereinbarung. Für Nachverlegungen und Offertenannahme besondere Berechnung, nach auswärts mit Portozuschlag. Erfüllungsort: Merseburg. Anzeigensatz für höhere Geschäfte: Anzeigen um ein Zeugnis vorher. Letztere Anzeigen bis höchstens 9 Uhr, Samstagsmorgen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 292.

Donnerabend den 13. Dezember 1913.

40. Jahrg.

Die Haltung des Zentrums.

Für die Beurteilung der gegenwärtigen politischen Lage im Reichstage ist es nicht ohne Bedeutung, wie sich das Zentrum verhält. Diese Partei mit ihren mehr als hundert Anhängern, wenn man die vertriebenen Hilfsgruppen hinzurechnet, kann aus der parlamentarischen Konstellation nur dann ausgeschaltet werden, wenn die Linke abfolgt gelassen vorgeht. Wenn das nicht geschieht, wird das Zentrum immer ausschlaggebend sein für Zustimmung oder Ablehnung.

Es war nun bereits charakteristisch, daß in der Zäberner Angelegenheit das Zentrum einen seiner süddeutschen Redner vorschickte, der nach links hin gravitierte. Und Herr Zehrenbach fand alsdann Worte, die im ganzen Reichstage, mit Ausnahme der äußersten Rechten, und auch draußen im Reiche lebhaften Widerhall fanden und gewissermaßen als der Ausdruck des Volksempfindens aufgefaßt werden konnten. Es schien dann, als ob das Zentrum seine scharfe Haltung gegenüber der Regierung und damit auch in diesem Falle gegenüber den Konservativen etwas zurückzutrauen wollte. Aus einigen Presseäußerungen konnte herausgesehen werden, als ob das Zentrum von den Donauwälder Zugeständnissen recht befriedigt sei und den lebhaftesten Wunsch hege, die diese Geschichte möglichst bald beilegt zu sehen. Der Anblick nach rechts wiesse bereits in einiger

Die am Donnerstag gehaltenen Rede des Abg. Erzberger war infolge dessen eine Überraschung. Mit außerordentlichem Nachdruck hob er hervor, daß das ganze Zentrum auch heute noch einig und geschlossen hinter der Rede Zehrenbachs steht. Und seine weiteren Ausführungen, die sich gegen den Reichskanzler, aber auch gegen den Grafen Westarp richteten, zeigten mit nicht zu überbietender Deutlichkeit, daß allerdings das Zentrum, wenn Erzberger der wahre Interpret seiner Meinungen war, noch durchaus auf dem Boden des Weibtravensbrotums steht und die Eingriffe des Militärs in Gesetz und Recht als eine schwere Verletzung betrachtet. Gegen die Konservativen wandte sich Erzberger in ziemlich scharfer Polemik, indem er anrief, was Graf Westarp über das Recht des Militärs

genden Wunsch, wenigstens mit in der Linie derjenigen zu stehen, die die ausschlaggebenden Entscheidungen im Reichstage treffen. Man empfindet im Zentrum ganz richtig, daß es eine Verringerung des Ansehens und des Einflusses draußen im Lande bedeutet, wenn man mit leeren Händen vor die Wähler tritt, wenn man sagen muß: wir wollten das Beste, aber wir sind gescheitert! Der politische Instinkt, der im Zentrum immer sehr lebendig war, weist die Herren dahin, nach Möglichkeit nicht bei der Wählerheit, sondern bei der Mehrheit zu sein. Da die Mehrheit nun aber links gerichtet ist, so entdeckt das Zentrum mit unverfälschter Berne ebenfalls seine Linksgefühle und zeigt der staunenden Welt, daß es trotz aller Wahlabkommen und mehr oder minder uneigennütigen Unterwürfungen der Konservativen doch keineswegs mit der konservativen Partei verheiratet zu sein braucht. Es ist eine Erklärung eingetreten zwischen dem Zentrum und der konservativen Partei; die Herren von Spahn und Erzberger haben ihr demokratisches Herz entdeckt. Für den Liberalismus kann diese Entwicklung nur eine gute Lehre sein nach der Richtung hin, daß jeder Machtzuwachs, der ihm zuteil wird, weitere Kräfte zieht und seine Aussichten vergrößert. Wenn die Konservativen, wie bei der Weizsäcker-Angelegenheit und jetzt bei der Zäberner Affäre, auch in Zukunft in glänzender Isolierung bleiben würden, so wäre dies eine neue Bestätigung der Richtigkeit der Wahltaktik der 1912 von der fortschrittlichen Volkspartei getriebenen ist.

Die Uneinigkeit in der deutschen Frauenstimmrechtsbewegung.

Aus den Kreisen der fortschrittlichen Frauenbewegung erhalten wir mit dem Ersuchen um Abdruck folgende Zuschrift:

Nach der letzten Generalversammlung des deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht ist in den Zeitungen eine recht unerfreuliche Polemik ausgebrochen, die teils den Ton persönlicher Gehässigkeit trug, den man im Interesse des Ansehens der Sache, des Frauenstimmrechts, nur aus tiefster Beflagen kann. Die Stimmrechtsbewegung ist heute in Deutschland die noch am meisten umkämpfte Seite unserer Frauenbewegung; um so notwendiger wäre es, daß die Vertreterinnen dieser Forderung geschlossen zusammenstünden. Noch hat die bürgerliche Frauenstimmrechtsagitation nicht viel mehr als 10 000 Anhänger zusammengeschart, und doch erleben wir in diesen Wochen schon die dritte Sezession. Als 1907 die Forderung des allgemeinen Wahlrechts in die Sitzungen aufgenommen wurde, sah eine Anzahl Frauen darin eine Verletzung der satzungsgemäß festzuhaltenden politischen Neutralität, löste ihre Mitgliedschaft zum deutschen Verbands für Frauenstimmrecht und schloß sich später zur Deutschen Vereinigung zusammen. 1912 trennten sich dann abermals einige Frauen vom Verbands ab, weil sie befürchteten, durch die Annahme eines Abänderungsvorschlags zum Wahlrechtsparagrafen, den Fräulein Dr. Augsburg eingebracht hatte, könne später die Forderung des allgemeinen Wahlrechts gefährdet sein. Ein Teil dieser Frauen schloß sich zum Weibverein zusammen, ein Teil blieb anscheinend außerhalb jeder Organisation. Nachdem sich nun die Eisenacher Generalversammlung mit großer Majorität für die Weibhaltung des allgemeinen Wahlrechts ausgesprochen hatte, sind der Hamburger und der bayerische Landesverein ausgetreten, weil ihrer Ansicht nach später einmal diese Forderung gefährdet sein könnte, und zwar sehen sie diese Gefährdung in der Zusammenlegung des jetzigen Vorstandes, an dessen Wahl sich aber gerade die Vertreter jener Landesvereine nicht beteiligt haben.

Die „Neue Hamburger Zeitung“ hat wohl recht, wenn sie zu dieser Sezession bemerkt: „Die Weibhaltung geschieht also merkwürdigerweise auf Kosten der Mehrheit. Wenn nicht noch un-

ausgesprochene persönliche Motive, vielleicht des gekränkten Ehrgeizes, mitreden, ist dieses Vorgehen unverständlich; denn es ist gleichbedeutend mit einer direkten Schwächung der Fraueninteressen, die nur verwirklicht werden können, wenn alle Kräfte möglichst zusammengefaßt daselbe Ziel erstreben.“ In Hamburg ist inzwischen ein neuer fakultätiger Landesverein unter der Führung der Frau Weibemann entstanden, der um die Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts einen Teil der Mitglieder des ausgeschiedenen Vereines und manche neue Mitglieder sammelt. Die Nürnberger Ortsgruppe des bayerischen Landesvereins hat auf der Weibtagungsversammlung des letzteren ihren Austritt beschlossen und wird dem deutschen Verband erhalten bleiben. Da die übrigen bayerischen Vereine, mit Ausnahme von München, nur verhältnismäßig klein sind, so stehen Fräulein Dr. Augsburg und Fr. Seymann heute mit einem kleinen Häuflein Getreuer da, die sich durch ihre Verbände vom deutschen Verbande aus gleichzeitig als dem Zusammenhang mit der internationalen Stimmrechtsbewegung gebracht haben.

So tragisch es ist, daß die Gründerinnen der deutschen Stimmrechtsbewegung jetzt aus dem Kreise der Führerinnen ausgeschieden sind, so entspricht dies andererseits durchaus der jetzigen Gestaltung der Stimmrechtsbewegung, die aus der Zeit des scharfen, rücksichtslosen Fortschritts, des Niederreißen aller Vorurteile, wozu man solcher Kampfeskriegerinnen wie Fräulein Augsburg und Seymann bedurfte, hinausgemacht ist in eine Zeit aufbauender Arbeit, zu der nicht mehr ein kleines Häuflein getreuer Anhängerinnen, sondern die große Masse der politisch denkenden Frauen gehören muß, und zwar Frauen aller Berufe, aller Bildungsgrade; und nicht nur Frauen, sondern auch die Männer und hier wieder besonders die politisch arbeitenden Männer, denen die beiden obengenannten Frauen so wenig gerecht geworden sind. Aus pietätischen Gründen kann man die Isolierung der früheren Führerinnen beklagen, aus entwicklungs-geschichtlichen Gründen wird man sie wohl nur im Interesse der Stimmrechtsbewegung beklagen.

Ueber „feministische Vorurteile“

muß sich die sozialistische „Leipziger Volkszeitung“ schwer ärgern. Anlaß dazu gibt ihr der Umstand, daß Fr. Dr. Anita Augsburg, obwohl sie der Radikalsten eine ist, bei den Kranenfassungen wählen zu München darum für die christlich-sozialen Listen eingetreten ist, weil diese Liste die meisten Frauenamen enthält. Das Leipziger Sozialistenblatt bezeichnet bei dieser Gelegenheit Fr. Dr. Augsburg als eine der ersten Vertreterinnen des reinen Feminismus in Deutschland, als eine „richtige Feministin“ und definiert den Begriff Feministin folgendermaßen: „Eine Frauenrechtlerin, der es in ihrem Kopf nur darauf ankommt, die Frauen in jeder Beziehung dem Manne gleichgestellt zu sehen, einerlei, ob ihnen diese medianische Gleichstellung Vorteil oder Nachteil bringt.“ Warum das Sozialistenorgan so ungehalten über die Feministinnen ist, das spricht es zum Schluß mit aller wünschenswerten Klarheit aus. Es heißt darin:

„Die feministischen Ideen sind eine große Gefahr für die deutsche Frauenbewegung und für alle, die, wenn auch selbst nicht organisiert, sich durch die schönen und großen Blüten von der Gemeinamkeit der Fraueninteressen betören lassen. Deshalb muß die Arbeiterchaft immer wieder für Aufklärung unter den Frauen sorgen. Es gibt keine Interessen-gemeinschaft aller Frauen. Der Unternehmerrstandpunkt der bürgerlichen Frauen tritt gerade jetzt in den Kämpfen der Hausfrauen gegen die Dienstbotenversicherung unberücksichtigt zutage, und der Kampf zwischen den ausbeutenden und den arbeitenden Frauen wird sich zweifellos im Laufe der Zeit weiter zuspitzen. Es ist daher dringend notwendig, die Illusionen, die durch die

